Regierung in Preußen und eine im Reich, wo „Arbeitervertreter" ausschlaggebend sind.

Diese demokratisch-sozialdemokratischen Arbeiterbeglücker haben aber nicht nur Gerichte, Zuchthäuser und Obdachlosen-Asyle. Für die ausrationalisierten Asylisten wird auch Arbeit beschafft. Für die nämlich, denen das Kapital noch nicht den letzten Hauch Mark aus den Beinen abzapfte. Für „Arbeitswillige" sind an Ort und Stelle Plätze eingerichtet, und zwei Güter — Ribbeckshorst und Johannesthal-Voigtsbrügge — sind gekauft worden, auf denen Kolonien eingerichtet wurden. Hier können die „Arbeitswilligen" ihr letztes Heil versuchen. Bei Wassersuppe und Zuchthausordnung. Wer beiklappt — Gott! es gibt ja 3 Millionen, von denen immer nur gleichzeitig ein Bruchteil eines Prozents den demokratischen Segen genießen kann. Man wird immer soviel beisammen haben, daß das demokratische Staatskapital seine Güter umsonst bestellt bekommt. Die 3½ Millionen Mark werden sich gut verzinsen. Und der überflüssigen Fresser werden dabei doch immerhin eine Anzahl beseitigt.

Es lebe die Demokratie!

Wirtschaft

Außenhandelsbilanz 1928

25 Milliarden Außenhandel, ohne Reparationssachlieferungen. — Steigender Umsatz, steigendes Elend.

Das Statistische Reichsamt hat jetzt die Außenhandelsziffern für Dezember 1928 bekannt gegeben. Damit ist ein Ueberblick über den deutschen Außenhandel des ganzen Jahres gewonnen. Wie die deutsche Konjunktur sich abwärts bewegt, dafür mögen die Ziffern der letzten 3 Monate sprechen:

1928	Okt.	Nov.	Dez.
Einfuhr	1314	1173	1101 Mill. M.
Ausfuhr (ohne Sachleistungen für Rep.)	1125	1010	978 Mill. M.
Einfuhrüberschuß	189	163	123 Mill. M.
Gesamtaußenhandel	2439	2181	2079 Mill. M.

Der rapide Abstieg des deutschen Außenhandels ist für die Konjunkturbetrachtung deswegen um so wichtiger, als das letzte Vierteljahr stets, auch in den letzten Jahren einen Aufstieg des Außenhandels brachte. Im letzten Vierteljahr 1928 ist der Abstieg der Einfuhr wie der Ausfuhr aber ganz augenfällig. Der Rückgang verteilt sich auf alle Warengattungen, am stärksten aber auf Lebensmittel und Rohstoffe! Das ist typisch.

Die sinkende Lebensmitteleinfuhr deutet auf die sinkende Kaufkraft der Massen und auf das steigende Elend. Und trotz der sinkenden Einfuhr von Fertigfabrikaten ist die Gesamteinfuhr im Dezember immer noch um 23 Millionen Mark größer als die Ausfuhr. Also auch bei stark rückläufiger Konjunktur vermag das deutsche Kapital dem amerikanischen selbst am deutschen Markt nicht standzuhalten.

Den richtigen Wert für die Arbeiter aber haben die Ziffern erst, wenn man die der letzten Jahre daneben hält. Es betrug:

	1928	1927	1926	1925
die Einfuhr	13643,7	13801,3	9701,5	11744,0 Mill. M.
die Ausfuhr	11785,7	10375,7	9929,9	9930,5 Mill. M.
Einfuhr- bzw. Ausfuhr-Überschuß	—1858,0	—3425,6	+228,4	—2813,5 Mill. M.
Gesamtvolumen (o. Rep.)	25429,4	24177,0	19631,4	20674,5 Mill. M.
Reparations-Sachlieferungen	658,3	577,6	630,8	520,4 Mill. M.

Nach diesen Gesamtziffern des Statistischen Reichsamts hat also der Einfuhrüberschuß im letzten Jahre „nur" noch 1,86 Milliarden betragen, verglichen mit 3,43 Milliarden im Jahre 1927. Die Einfuhrziffer ist mit 13,64 gegen 13,80 Milliarden i. V. ein wenig zurückgegangen. Dagegen zeigt der Export eine neue starke Zunahme um 1,41 Milliarden, von 10,376 auf 11,785 Milliarden. Diese Exportzunahme ist sehr viel größer als im Vorjahr, wo nur eine Steigerung von 0,45 Milliarden zu verzeichnen war, und sie übertrifft auch den Zuwachs von 1,41 Milliarden, der von 1925 zu 1926 eintretrten war. An sich bietet die Staffel der Exportziffern (im reinen Warenverkehr, d. h. also ohne Reparationslieferungen und ohne Edelmetallverkehr) mit ihrem Ansteigen von 8,9 Milliarden im Jahre 1925 über 9,9 und 10,4 Milliarden in den beiden folgenden Jahren bis zu 11,8 Milliarden im letzten Jahre ein imposantes Bild. Es heißt doch etwas, gegen das vollbeschäftigte Streikbrechtahr 1926—27 für 2 Milliarden Mark Produkte mehr ausgeführt zu haben. Und entsprechend der Mehrarbeit auch eine größere Einfuhr um dieselbe Summe. Denn die Einfuhr besteht ja doch nicht in den Fertigwaren in Lebensmitteln und Rohstoffen. Also in Gütern, die verbraucht und in der Hauptsache aus den Ländern bezahlt, und die, verdeelt, wieder als Fertigwaren ausgeführt werden. Jetzt betrachte man die erste Tabelle, wo die Einfuhr von Oktober bis Dezember um 147 Millionen niedriger verzeichnet ist.

Der Kern der Bilanz ist, daß im Dezember 1928 bei 2 Millionen Arbeitslosen (im November) die Ausfuhr um 2 Milliarden Mark größer war, als vor 2 Jahren bei Vollbeschäftigung der gesamten Arbeiterschaft. Die 3 Millionen Arbeitslose im Januar 1929 können uns aber schon an, daß in den nächsten Monaten die deutsche Außenhandelsbilanz in Einfuhr wie in Ausfuhr bedeutend niedriger sein wird. Um wieviel Millionen mag nun wohl die Arbeitslosenziffer in Deutschland emporschnellen, wenn das deutsche Kapital am Weltmarkt vom amerikanischen entscheidend zurückgedrängt wird? Dafür sind alle Voraussetzungen gegeben.

Zigarettenwucher

Infolge der übermäßigen Konkurrenz im Rauchmaterialiengewerbe verkaufen eine große Anzahl Geschäfte die Zigaretten unter Banderolenpreis. Die Unterbietung, auch in den meisten und renommiertesten Markenzigaretten, gine bis zu 25 Prozent, ia, oft auch bis zu 50 Prozent unter dem auf der Banderole genannten und versteuerten Preise. Da auch die „Schleuderer" einen immerhin noch anselnlichen Gewinn haben, so beweist diese Tatsache, daß der Zigarettenhandel — wenigstens die „anständigen" Geschäfte, d. h. die, die nicht „schleudern — ausnahmslos vom Wucher lebt. Wucher auch im bürgerlich-gesetzlichen Sinne.

Die Zigarettenfabrikanten weiterten sich zwar seit Jahren verzweifelt gegen die „Schleuderei", wenigstens wie es scheint. In Wirklichkeit drückten viele ein Auge zu, manche auch beide, denn die Ueberproduktion drohte den unter die Räder zu schleudern, der nicht Absatzmöglichkeiten um jeden Preis ausmitzte. Im übrigen war eine Kontrolle schwer möglich, da viele Zigaretten über Grossisten gehandelt werden und die Riesenspannung zwischen Fabrik- und Kleinhandelspreis jeden noch so langen Kettenhandel gestattet.

Nach jahrelangen Kämpfen und Verhandlungen kam am 13. September v. J. zwischen Fabrikanten- und Händlerverbänden der sog. Bezugsscheinvertrag zustande, der die „Schleuderer" mit Liefersperre bestrafte, also mit wirtschaftlichem Ruin für den, der sich mit geringerem Profit begnügte. Dieser Preisschutzvertrag wurde zwar von einer Händlergruppe zerlichtlich angefochten. Nunmehr aber ist eine allgemeine Einigung erzielt, daß jeder Rinzfabrikant für seine Fabrikate dem Händler verantwortlich ist, daß in seinen Marken nicht „geschleudert" wird. Der Händler übernimmt dafür die Verpflichtung, nicht unter Banderolenpreis zu verkaufen. Die „Schleuderei" ist schon seit Jahresanfang im Schwinden und wird in absehbarer Zeit — wenigstens in den bekannteren Marken — ganz verschwunden sein.

Damit ist jeder Auswucherung der Raucher Tor und Tür geöffnet. Denn das einzige Mittel, den Unterbanderolenverkauf zu unterbinden, ist Produktionseinschränkung. Die Händler stecken dafür 40—50 Prozent Handels„gewinn" ein. Der Raucher hat dafür ein geringeres und schlechteres Quantum, höhere Preise zu zahlen. Dieser Wucher ist umso unerhörter, als fast sämtliche Zigaretten in den letzten Jahren um einen Pfennig pro Stück teurer wurden und die Qualität bedeutend verschlechtert ist. Und — das ist der springende Punkt, die Steuer sehr erheblich heraufgesetzt wurde.

Der Zigarettenwucher ist ein drastisches Mittel dafür, wie die breite Masse unter Staatsaufsicht von einigen Kartellen ausgeplündert wird. Schon die Unterbietung der „Schleuderei" wird die Arbeitslosigkeit in der Zigarettenindustrie nicht unerheblich steigern. Das dicke Ende aber kommt erst nach, wenn sich der zurückgehende Konsum bemerkbar machen wird.

Ein deutscher Mundharmonika-Trust

Auf dem Wege zum Weltmonopol!

Die kapitalistische Konzentration geht mit Riesenschritten vorwärts. Die Zusammenschlüsse einzelner Werke lassen sich gar nicht mehr übersehen, resp. bieten sie wenig Interesse. Es verzeiht aber auch keine Woche, wo nicht trust- oder gar monopolartige Gebilde durch Aufkauf ganzer Konzerne erstehen.

Mit dem 1. Januar d. J. hat der deutsche Mundharmonikatrust das Licht der Welt erblickt. Die beiden größten Werke, Mattlias Hohner und Andreas Koch in Trossingen (Württemberg) haben sich zusammengeschlossen. Vorher hatte jeder der beiden einige kleinere Fabriken geschluckt. Hohner hatte schon bisher allein die Hälfte der gesamten deutschen Mundharmonikaproduktion bestritten.

Außerhalb des neuen Trusts gibt es nur noch einige kleinere Fabriken in Klingenthal in Sachsen. Auch diese stehen in Unterhandlungen zum Zusammenschließen. Sie werden sich sicher dem Trust einverleiben. Dann hat Hohner, die Familienfirma, das Weltmonopol in Händen! Denn außerhalb Deutschlands gibt es keine nennenswerte Produktion. Die Löhne für die größtenteils Heimarbeit, sind so erbärmlich niedrig, daß sie bisher eine Konkurrenz im Ausland nicht aufkommen lassen. An den deutschen Hungerlöhnen ist die amerikanische Technik gescheitert. Die gesamte deutsche Produktion beträgt etwa 55 Millionen Stück, 50 Millionen davon gehen ins Ausland. 20 Millionen Stück nehmen die Vereinigten Staaten auf, 5 Millionen Stück England, und der Rest größtenteils von Indien, Kanada, Argentinien und Italien.

Die Mundharmonika, so verächtlich sie vielleicht vom „richtigen Musikinstrumente" betrachtet werden mag, ist ein typischer Messer für den Weg des Kapitalismus überhaupt. Sie ist heute rund 100 Jahre alt. Ein Drechsler, namens Holz, erfand und brachte sie als erster auf den Markt. Mathias Hohner und Andreas Koch, wohlhabende Uhrmacher, stürzten sich auf die Erfindung, entrissen sie dem Holz und stellten sie im Großen her. Bald wurde das Instrument von tausenden kleinen Meistern hergestellt. Die Hohner und Koch, die gleich eine großzügige Organisation auf den Haus-Hungerlöhnen aufbauten, werden sie nicht mehr ab als jene. Die Nachkommen der ersten Großproduzenten der Mundharmonika triumphieren heute als Trustkönige und werden in absehbarer Zeit das Weltmonopol haben.

Das Monopol wird allerdings keinen anderen Sinn haben, als die Arbeiter noch mehr auszupowern. Preisaufschlag gibt es nicht, da, wie schon gesagt, 90 Prozent ins Ausland gehen. Amerika aber beginnt schon, seine Mundharmonikas selbst herzustellen. Vor 2 Jahren nahm es noch 2 Millionen Stück mehr ab als im vorigen Jahre. Nicht lange mehr, und es wirft die deutsche Mundharmonika aus dem Lande. Die Arbeiter, die dann in Deutschland einen riesigen Unternehmer gegenüberstehen, stehen dann vor der Wahl, langsam zu verhungern oder plötzlich —

Was hier vor sich geht, vollzieht sich in anderen Industrien langsamer oder schneller ebenfalls — wenn die Arbeiter das Organisieren von der Kapitalisten nicht lernen.

Aus der Bewegung

Gelsenkirchen-Buer

Korrumpierte KPD.-Leute im Erwerbslosen-Ausschuß.

Am Samstag, den 19. Januar 29, fand im Lokal Kaldeweyer eine Erwerbslosenversammlung des Stadtteils Buer statt. Der Vorsitzende Siebert, KPD., die Erwerbslosen-Sache, sprach zuerst über die Saisonfürsorge der Regierung und war der Meinung, man müßte den allerschärfsten Kampf dagegen führen, weil die Saisonfürsorge ein Betrug an den Erwerbslosen bedeutet. Um überhaupt was Positives dagegen zu tun, schlug er vor, eine Delegation nach Berlin zu schicken um die Forderungen der Erwerbslosen allen Regierungsstellen sowie Fraktionen der Parteien zu unterbreiten. Die Delegation wird vom Bezirksausschuß der Erwerbslosen bestimmt. Ein AAU.-Genosse nahm zu den Ausführungen Sieberts Stellung und wies in längeren Ausführungen nach, daß grundsätzlich den Erwerbslosen nicht geholfen wird, solange der Kapitalismus die Herrschaft noch hat. Zertrümmerung der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien, Zusammenfassung aller Arbeiter und Erwerbslosen in Betriebsorganisationen wie sie die AAU. propagiert, mit dem schärfsten antigesetzlichen Kampf gegen den Kapitalismus und seinen Henker, durch Massenaktion, mit dem Ziel: Sturz des Kapitalistischen Systems und Aufbau der kommunistischen Bedarfswirtschaft kann uns als Arbeiterklasse erst Befreiung und Brot bringen. Da der Bezirksausschuß nur im Sinne der KPD. arbeitet, wie auch alle Erwerbslosenausschüsse, und mit dazu beiträgt, die Illusion unter der Arbeiterschaft zu verbreiten, daß durch Bittgänge und Antragstellen den Erwerbslosen geholfen werden kann, müssen wir als AAU. ihn als Utopie ablehnen. Die Vergangenheit hat das klar bewiesen, deshalb lehnen wir auch die Delegation nach Berlin ab. Der politische Leiter der KPD. und RFB., Brisch, versuchte den Erwerbslosen klar zu machen, daß man in den Gewerkschaften und im Parlament arbeiten muß. Der AAU.-Genosse bewies aber, daß auch bei einer Arbeiterregierung, an der die KPD. 1923 in Sachsen und Thüringen beteiligt war, gegen die Erwerbslosen Polizei aufmarschierte, als die Erwerbslosen versuchten, ihre Forderungen durchzudrücken. Ferner unterdrückt man jede Opposition in Rußland, versucht dort, die Erwerbslosen in die Verbannung zu schicken, wenn sie es wagen, ihre Forderungen geltend zu machen.

Trotzdem die Versammlung den AAU.-Standpunkt durch Beifall unterstützte, war sie doch für eine Entsendung der Delegation nach Berlin. Dann machte Siebert bekannt, daß er seinen Posten niederlegt, man soll einen anderen Erwerbslosenausschuß wählen. Der AAU.-Genosse machte der Versammlung klar, weshalb Siebert nicht mehr gewählt werden darf. Siebert hat an den Oberbürgermeister Zimmermann einen Brief geschrieben, wo er ihn angebettelt hat, daß er ihm was geben sollte. Er ist Kommunist und Vorsitzender der Erwerbslosen und kann dann es bei einer Gelegenheit wieder zur machen. Ferner hat Siebert Erwerbslosengelder versoffen, was wir durch frühere KPD.-Mitglieder beweisen können, an die Hunger-Demonstration am heiligen Abend sabotiert. Ferner muß Siebert sehr viel Geld haben, da man ihn jeden Tag zur Zigarren rauchen sieht, sowie er viel in Wirtschaften verkehrt. Trotzdem Siebert jahrelang erwerbslos ist, kann er sich mehr leisten als mancher der arbeitet. Siebert stritt in der Versammlung das nicht ab, er erklärte nur, er wird dem frühere KPD.-Mitglied Semmel, der das behaupten tut, die Schnauze geschlagen. Wir müssen aber feststellen, daß dies auch KPD.-Leute über Siebert als richtig erklären. Aber weil Siebert so gut im Sinne der KPD. bei den Erwerbslosen arbeitet, deswegen unternimmt man nichts gegen ihn. Er wurde wieder gewählt. Ferner wurde Britsch auch in den Ausschuß gewählt, trotzdem von ihm bekannt ist, daß er Organisationsgelder des RFB. für sich verwendet hat und noch andere Korruptionsfälle gegen ihn vorliegen, was sein früherer Mitarbeiter im RFB., Semmel, jederzeit beweisen kann, sowie auch der Kassierer Nowicke. Auch Wilhelm Thiele, KPD., der Zeitungsgelder unterschlagen hat, wurde in den Erwerbslosenausschuß gewählt. Betont muß werden, daß zum ersten Mal bei einer Erwerbslosenversammlung auch die Polizei im Saal anwesend war. Es hatte den Anschein, als ob die Polizei von einer Seite bestellt worden ist, die mit Siebert Verbindung hat. Erwerbslose von Buer, wie lange wollt ihr euch noch von solchen Elementen lassen, die auch heute noch durch radikale Phraseologie an das kapitalistische Joch fesseln? Auf und an den gesetzlicher, antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen Grundlage können wir den Kapitalismus und seine Henker schlagen.

Mitteilungen

FEBRUAR 1929.

Reich

Bezirkskonferenz Ruhrgebiet.

Am Sonntag, den 10. Februar, vorm. 10 Uhr, im Lokal Weber, Essen, Postallee. Tagesordnung: 1. Die Reichskonferenz der AAU., 2. Organisatorisches und Verschiedenes.

Groß-Leipzig.

Am 4. Februar 1929 **erweiterte Ortsgruppenleitungssitzung**. Alle Bezirksführer haben zu erscheinen. Februar-Monatsprogramm mitbringen! Lokal Leutzscher Tor, 8 Uhr.

Am 7. Februar **allgemeine Mitgliederversammlung**. Die anderen Mitglieder werden die Pflicht haben, zu erscheinen. Die U.-Bez. müssen bis dahin fest Beschlüsse zur Frage der Taktik gefaßt haben. Lokal Leutzscher Tor, 8 Uhr.

3. Bezirk (Böhlitz-Ehrenberg). Jeden Freitag öffentliche Diskussionsabend im Lokal Neue Welt, Eisenbahnstraße.

4. Bezirk (Kleinzschocher). Am Freitag, den 1. Februar 29, 8 Uhr, öffentlicher Diskussionsabend im Bürgergarten, Wodorfer Straße. Thema: Krise in der Arbeiterbewegung! Alle oppositionellen KPD.- und RFB.-Genossen sind hierzu eingeladen.

Chemnitz.

Die öffentlichen Diskussionsabende finden regelmäßig vierzehntägig Sonnabends 20 Uhr, im Gasthaus zur Linde am Theaterplatz, statt. — Eintritt frei, freie Aussprache.

München.

Jeden Samstag Vortragsabend. Thema: Die Taktik der Union und KAP. Proletarier aller Richtungen sind hierzu eingeladen.

Jeden Mittwoch Jugendversammlung mit Vorträgen über alle Tagesfragen, bei der Augustine Klaus, Baaderstr. 66. Anfang aller Vorträge 8 Uhr. Kein Trinkzwang.

Quittung über Sammellisten.

Nr. 25 Mk. 4.—; Nr. 42 Mk. 2,80.

Druckfehlerberichtigung.

Im „Kampfruf" Nr. 4, in dem Artikel **„AAU. und Erwerbslosenfrage"**, ist ein grober, sinnentstellender Druckfehler enthalten. Auf der ersten Seite, zweite Spalte, unten, muß es nicht heißen: „Die Erwerbslosigkeit der SPD. bedeutet . . ." sondern **„Die Erwerbslosenpolitik der KPD. bedeutet . . ."**

Groß-Berlin

kassenrevision am Donnerstag, den 7. Februar 1929, abends 6 Uhr, an bekannter Stelle.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: F. Rother, Berlin O 112
Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Iszdonat, Berlin O 17

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 10, Nr. 6 1929 — Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13 — Preis 15 Pfennig

Textilwirtschaftskrise

Die Lasten tragen die Arbeiter. — Die wirtschaftlichen Hintergründe.

Barmen, 2. Februar.

Der Arbeitgeberverband für das rechtsrheinische Textilgewerbe teilt mit, daß beschlossen worden ist, im Interesse der Aufrechterhaltung der Betriebe eine Senkung der Löhne herbeizuführen. Der Arbeitgeberverband hob die Verpflichtung auf, wonach seine Mitglieder an die alten Tarifsätze gebunden sind.

Augsburg, 2. Februar.

Der Verein süddeutscher Baumwollindustrieller hatte unter dem Vorsitz des Geheimrats Lindenmeyer (Augsburg) eine Versammlung abgehalten, in welcher die nach wie vor ungünstige Absatz- und Preislage der süddeutschen Baumwollindustrie eingehend besprochen wurde und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung und gegebenenfalls Ausdehnung der Betriebseinschränkungen festgestellt worden ist.

•

Die obigen beiden Meldungen aus zwei deutschen Hauptextilwirtschaftsgebieten sind nicht die einzigen Kampfansagen der Textilbarone. Die Textilpaschas hatten zum Jahreswechsel durch Aussperrung, teils durch vorherigen Umfall der Gewerkschaften, Verschlechterungen der Löhne und Arbeitsbedingungen durchgesetzt. Die Gewerkschaften zwangen die Arbeiter, daß sie die ausgesperrten, resp. streikenden Arbeiter isolierten und anderwärts, um eine Stillegung der Betriebe zu verhindern, Ersatzgelder zu sparen) zu vermeiden, langfristige Tarife abschlossen. Die Arbeiter der nicht aussgesperrten Bezirke wurden von der Tat-Solidarität abgehalten, durch einen Streikbruch zu erzwingen, mit dem Argument, daß sie doch am Streikbruch nicht die bestehenden Tarife brechen dürften. So gelang es den Textilindustriellen, „ihren" Arbeitern fast ganz Deutschlands um die Jahreswende einen Schlag versetzen. Die obigen beiden Meldungen sind die Antwort auf die Tarifkämpfe der Gewerkschaften.

Wir müssen darauf gefaßt sein, daß wir in den Ländern mit niedrigeren Löhnen wieder zu Streikbruch-Versuchen der Textilbarone kommen. Die Textilpaschas hatten zum Streikbruch durch Massenaktion, mit dem Ziel: Sturz des Kapitalistischen Systems und Aufbau der kommunistischen Bedarfswirtschaft kann uns als Arbeiterklasse erst Befreiung und Brot bringen. Da der Bezirksausschuß nur im Sinne der KPD. arbeitet, wie auch alle Erwerbslosenausschüsse, und mit dazu beiträgt, die Illusion unter der Arbeiterschaft zu verbreiten, daß durch Bittgänge und Antragstellen den Erwerbslosen geholfen werden kann, müssen wir als AAU. ihn als Utopie ablehnen. Die Vergangenheit hat das klar bewiesen, deshalb lehnen wir auch die Delegation nach Berlin ab. Der politische Leiter der KPD. und RFB., Brisch, versuchte den Erwerbslosen klar zu machen, daß man in den Gewerkschaften und im Parlament arbeiten muß. Der AAU.-Genosse bewies aber, daß auch bei einer Arbeiterregierung, an der die KPD. 1923 in Sachsen und Thüringen beteiligt war, gegen die Erwerbslosen Polizei aufmarschierte, als die Erwerbslosen versuchten, ihre Forderungen durchzudrücken. Ferner unterdrückt man jede Opposition in Rußland, versucht dort, die Erwerbslosen in die Verbannung zu schicken, wenn sie es wagen, ihre Forderungen geltend zu machen.

Trotzdem die Versammlung den AAU.-Standpunkt durch Beifall unterstützte, war sie doch für eine Entsendung der Delegation nach Berlin. Dann machte Siebert bekannt, daß er seinen Posten niederlegt, man soll einen anderen Erwerbslosenausschuß wählen. Der AAU.-Genosse machte der Versammlung klar, weshalb Siebert nicht mehr gewählt werden darf. Siebert hat an den Oberbürgermeister Zimmermann einen Brief geschrieben, wo er ihn angebettelt hat, daß er ihm was geben sollte. Er ist Kommunist und Vorsitzender der Erwerbslosen und kann dann es bei einer Gelegenheit wieder zur machen. Ferner hat Siebert Erwerbslosengelder versoffen, was wir durch frühere KPD.-Mitglieder beweisen können, an die Hunger-Demonstration am heiligen Abend sabotiert. Ferner muß Siebert sehr viel Geld haben, da man ihn jeden Tag zur Zigarren rauchen sieht, sowie er viel in Wirtschaften verkehrt. Trotzdem Siebert jahrelang erwerbslos ist, kann er sich mehr leisten als mancher der arbeitet. Siebert stritt in der Versammlung das nicht ab, er erklärte nur, er wird dem frühere KPD.-Mitglied Semmel, der das behaupten tut, die Schnauze geschlagen. Wir müssen aber feststellen, daß dies auch KPD.-Leute über Siebert als richtig erklären. Aber weil Siebert so gut im Sinne der KPD. bei den Erwerbslosen arbeitet, deswegen unternimmt man nichts gegen ihn. Er wurde wieder gewählt. Ferner wurde Britsch auch in den Ausschuß gewählt, trotzdem von ihm bekannt ist, daß er Organisationsgelder des RFB. für sich verwendet hat und noch andere Korruptionsfälle gegen ihn vorliegen, was sein früherer Mitarbeiter im RFB., Semmel, jederzeit beweisen kann, sowie auch der Kassierer Nowicke. Auch Wilhelm Thiele, KPD., der Zeitungsgelder unterschlagen hat, wurde in den Erwerbslosenausschuß gewählt. Betont muß werden, daß zum ersten Mal bei einer Erwerbslosenversammlung auch die Polizei im Saal anwesend war. Es hatte den Anschein, als ob die Polizei von einer Seite bestellt worden ist, die mit Siebert Verbindung hat. Erwerbslose von Buer, wie lange wollt ihr euch noch von solchen Elementen lassen, die auch heute noch durch radikale Phraseologie an das kapitalistische Joch fesseln? Auf und an den gesetzlicher, antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen Grundlage können wir den Kapitalismus und seine Henker schlagen.

Ausdehnung des Textilkampfes

Aussperrung in der Lausitz.

Der Unternehmerverband der Lausitzer Tuchindustrie hat die Aussperrung sämtlicher von dem Tarifvertrag erfaßten Arbeiter zum 12. Februar beschlossen. Es werden ausgesperrt etwa 30 000 Arbeiter, davon allein in Kottbus über 6000. Es handelt sich um das Gebiet der ehemals preußischen Niederlausitz, in erster Linie um die Städte **Kottbus, Guben, Forst, Spremberg, Sommerfeld** und **Luckenwalde.**

Bekanntlich fällte am 19. Dezember 1928 der Schlichtungsausschuß Kottbus für die Lausitzer Tuchindustrie einen Schiedsspruch, wonach die bisherigen Löhne bis zum 30. September dieses Jahres weiter in Kraft bleiben sollen. Für jugendliche Arbeiter (14 bis 18 Jahre) soll ab 1. Januar 1929 eine Erhöhung von 5 bis 10 Prozent eintreten. Die Arbeiter haben diesen unerhörten Schiedsspruch abgelehnt. Auch die Tuchfabrikanten lehnten den Schiedsspruch ab und forderten die Verlängerung des Lohntarifs nicht bis zum 30. September dieses Jahres, sondern bis zum 30. September 1930.

Der Arbeitsminister Wissell wagte nicht, diesen Schiedsspruch für verbindlich zu erklären, und nun besteht bis jetzt ein tarifloser Zustand. Jetzt gehen die Unternehmer zur Aussperrung über.

Die Löhne in der Lausitzer Tuchindustrie sind die niedrigsten von ganz Deutschland. Männliche Arbeiter erhalten hier einen Stundenlohn von 23 bis 64 Pfennig, weibliche von 19 bis höchstens 51 Pfennig. Die Arbeitszeit ist durch einen verbindlich-erklärten Schiedsspruch auf 60 Stunden pro Woche festgelegt.

•

Lohnabbau im rechtsrheinischen Bezirk.

Die Bergischen Textilindustriellen haben in Anlehnung an den Textilarbeiterkampf in Thüringen und Westsachsen eine Senkung der Löhne beschlossen. Der Unternehmerverband hat seine einzelnen Mitglieder aufgefordert, sich an die alten Tarifsätze nicht mehr gebunden zu betrachten. In verschiedenen Betrieben ist schon durch Aushang bekannt gegeben, daß die Löhne ab Dienstag, den 13. Februar, gesenkt werden sollen.

•

Wissell befiehlt Schlichtung.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsarbeitsminister hat den Schlichter für Mitteldeutschland, Ministerialrat Dr. Hauschild in Erfurt, beauftragt, in dem Lohnstreit im Bereich der sächsisch-thüringischen Webereien Fühlung mit den Parteien zu nehmen.

(Siehe auch nebenstehenden Artikel.)

zum ersten Male entlohnt. Inzwischen hat er sich beim Kaufhaus der Fabrik verschuldet, und es ist vielen niemals möglich, sich aus diesen Schulden zu befreien. Hier, an den Rohstoffquellen einer Weltindustrie beginnt die Misere. Die überlegene Konkurrenzkraft ist Grund der Zuchthausordnung der Südstaaten durch Süden. Der Druck auf die Textilarbeiterschaft der ganzen Welt hat begonnen.

Wir müssen darauf gefaßt sein, daß wir in den Ländern mit niedrigeren Löhnen wieder zu Streikbruch-Versuchen der Textilbarone kommen. Die Reigen beginnt in der Tschechoslowakei. Das kleine Landchen hat mit seinen 14 Millionen Seelen hat als Kriegsgeschenk eine Webstühlen erhalten, eine Industrie, die vor dem Kriege die gesamte österreichisch-ungarische Monarchie mit ihren mehr als 50 Millionen Seelen versorgte und noch Absatz in Asien hatte. Allerdings ist die tschechische Textilindustrie alt und jedoch nur ein mittlerer Betrieb herrscht noch vor. Davon zeugt schon die Tatsache, daß von den 28 000 Betrieben der Leinenweberei mehr als die Hälfte Handwebstühle sind. Sogar die Baumwollweberei zählt noch über 20 000 Handbeschäftigten doch in der Vorkriegszeit einzelne Betriebe bis zu 2 000 Webstühlen. Im Jahre 1913 wurden in der böhmischen Textilindustrie fast 300 000 Arbeiter beschäftigt. Ihre Zahl ist der Tschechoslowakei auf Leben und Tod gezwungen, an Weltmarkt Schleuderkonkurrenz zu treiben. Die niedrige Valuta des Landes gestattet ihr dies.

Fast ebenso liegen die Verhältnisse in Polen. Mit ihren fast 25 Millionen Spindeln und rund 65 000 Webstühlen war diese Textilindustrie einst berufen, das große Vorkriegsstaßland mit zu versorgen. Für das kleine Polen mit seinen 20 Millionen Seelen ist sie sehr viel zu groß. Nach Rußland hat die letzt polnische Industrie bis zum ganzen Mark verloren, und die anderen asiatischen Länder, die die einst russische Industrie als Abnehmer hatte, haben sich während des Krieges in eigene Textilindustrie zugelegt. Die erbärmlichen Löhne, allerdings bekommt viel niedrigere Lebenshaltungskosten als in Deutschland, gelingt es der polnischen Industrie immer wieder, im Weltmarkt Fuß zu fassen und Schleuderkonkurrenz zu treiben. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind überwältigend. Das stark den Staat beherrschende, aber niederrechnende englische Textilkapital und das französische, dem der Wiederaufbau des zerstörten Lille durch die Reparationen gesichert war, wollen beim „Friedensvertrag sehr wohl, warum sie die beiden großen Textilindustrien des europäischen Festlandes ausgerechnet 2 Zwergstaaten vernachten.

In Frankreich, das dank der Reparationen und des Abschubs von Millionen ausländischer (z. T. kolonialer, farbiger) Arbeitskräfte die gesichertste Wirtschaftslage ganz Europas hat, hat die Textilindustrie ebenfalls ihre Krise. Die einst blühende Lilier Industrie, die der „Deutsche Geist" aus purem Neid aufgebaut und zwar in fast doppelter Größe. Dazu mußte Frankreich mit den eroberten Gebieten die nicht unbedeutende elsässische Textilindustrie übernehmen. Auch Frankreich hat eine niedrigere Valuta, und deshalb niedrigere Arbeitslöhne als Deutschland. Auf dem Weltmarkt ist es dem deutschen Textilkapital überlegen.

Aus den überfüllten Lägern und der viel zu großen Anzahl von Spindeln und Webstühlen der 4 außerdeutschen Haupt-Textilwirtschaftsländer Europas ergibt sich die Situation für die deutsche Textilindustrie und für das deutsche Textilproletariat. Auch der deutschen Textilindustrie sind reiche koloniale Absatzgebiete durch deren wirtschaftliche Verselbständigung verloren gegangen. Die Industrie selbst hat sich noch erweitert. Ein typisches Beispiel bietet die deutsche Tuchkonvention. Sie umfaßte 1913 42 Betriebe mit 18 098 Webstühlen: 1927 waren es schon 525 Betriebe mit 25 985 Stühlen. Die früheren Krisen der deutschen Textilwirtschaft waren meistens auf die Schwankungen auf dem Rohstoffmarkt zurückzuführen, (Ernteerträge, Preissteigerungen, die in der Kalkulation nicht berücksichtigt waren usw.) Die jetzige, seit etwa Jahresbeginn 1928 sich anbahnende Krise der deutschen Textilindustrie aber ist eine reine Absatzkrise. Infolge hervorragender Ernten sind die Preise nicht nennenswerte Schwankungen unterworfen gewesen. Dagegen hatte sie eine ungeheure Ernte aus dem Anfall der englischen Textilindustrie infolge des Kohlenstreiks 1926.

Streikbruchgewinnen dank der Politik ihrer Gewerkschaften kommen Anteil. Seit Monaten bemühen sich die deutschen Textilindustriellen, wie die beiden obigen Meldungen erneut illustrieren, „ihren" Arbeitern einzuhämmern, wie Streikbrechen behandelt werden müssen.

Soweit ungefähr die Weltsituation.

England, vor dem Kriege das maßgebendste Textilwirtschaftland der Welt, hat in den letzten Jahren eine weniger große Rolle am Weltmarkt gespielt. Neben der kolonialen Industrie, d. h. noch vor ihr, hat die Textilindustrie die schlechteste Wirtschaftslage des Landes. Hundertausende Textilarbeiter sind arbeitslos. Im Jahre 1927 und 1928 haben über 200 Betriebe ihre Pforten für immer geschlossen. Ueber 300 Betriebe hatten eine Dividende von weniger als 3 Prozent, und mehr als 200 Betriebe blieben dividendenlos. Von dem Frühsommer vorigen Jahres arbeitet die englische Textilindustrie an Konzentrationsplänen. Im Augenblick ist der Anfang in der Verwirklichung begriffen. Etwa 150 der maßgebenden amerikanischen Baumwollspinnereien, darstellend 8 Betriebe mit einer Spindelzahl von etwa 8 Millionen haben sich zu einem einzigen Unternehmen, zu einem Trust zusammengeschlossen. Das maßgebende Bankkapital steht dahinter. Das Gebilde soll in absehbarer Zeit auf 20 Millionen Spindeln ausgebaut werden. Ganz England hat etwa 36 Millionen Spindeln. Eine große Anzahl allerdings steht still, ganze Bezirke arbeiten kurz. Der Produktionsapparat wird nur zu etwa 60 Prozent ausgenutzt und ist mit 75 Prozent seiner Produktion auf die Ausfuhr angewiesen. Das erste Prinzip des neuen Textilgiganten ist, die unrentablen Betriebe stillzulegen und mit dem Rest, der rationalisiert wird, voll zu arbeiten. Die Drückung der Löhne ist Voraussetzung. Das wird nicht schwer fallen, sind die Arbeitslosigkeit unter den Textilarbeitern wird zur Katastrophe werden. Die Stoßkraft des neuen Riesen wird in absehbarer Zeit auch die Textilarbeiter Deutschlands anbrechen lassen.

Dazu betragen werden die neuen, z. T. erst im Entstehen begriffenen Textilindustrien. Japan ist schon heute

dem Kapital nur beizukommen ist in Kämpfen, an denen ein großer Teil der Arbeiterklasse beteiligt ist. Voraussetzung dafür ist Zertrümmerung der Gewerkschaften und Organisationen, in denen das Proletariat nicht berufsmäßig, sondern als Klasse organisiert ist und die es selbst in der Hand hält.

Arbeitskämpfe und Konflikte

Streiks gegen Lohnabbau.

Im **Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf** bei Berlin ist vorige Woche ein Teilstreik wegen geplanten Lohnabbaus ausgebrochen, worauf fast die gesamte Belegschaft (ca. 1200 Mann) ausgesperrt wurde.

Der Kampf wird von der Gewerkschaftsbürokratie so gedrosselt durchgeführt, daß ein Zusammenbruch nicht ausbleiben kann.

•

In **Solingen** forderte die Firma Rob. Hermes einen Lohnabbau von 15 Prozent. Als sich die Arbeiter wehrten, verhöhnte sie die Firma mit dem Angebot, daß sie nur 10 Prozent abziehen werde. Daraufhin sind die betroffenen Rohr- und Feinschweißer sowie die Schleifer in den Streik getreten.

•

Straßenbahnerstreik in Leipzig.

Das gesamte technische Personal der Leipziger Straßenbahn, das 1200 Werkstättenarbeiter ausmacht, ist in den Streik getreten. Bekanntlich standen die Leipziger Straßenbahner schon längere Zeit in einer Lohnbewegung.

Leipzig, 4. Februar. Infolge des Streiks des technischen Personals der Leipziger Straßenbahner wurde gestern und heute **das gesamte Fahrpersonal** von der Direktion **ausgesperrt.** Dadurch liegt der Straßenbahnverkehr still. Die Leipziger Gemeindearbeiter nahmen Sympathieerklärungen zu und fordern ebenfalls die Aufnahme des Kampfes.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat heute vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt. Es wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

„Die tariflichen Stundenlöhne für das technische Arbeitspersonal der Groß-Leipziger Straßenbahn erhöhen sich mit Wirkung vom 6. Februar 1929 um 5 Pf., und mit Wirkung vom 1. Oktober 1929 um weitere 2 Pf. Diese Regelung kann mit einmonatlicher Frist erstmalig zum 31. März 1930, sodann zum Ultimo jeden Monats sekundärt werden. Die Arbeit ist sofort nach Annahme, bzw. Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches wieder aufzunehmen. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht stattfinden. Die Arbeitsverhältnisse gelten durch den Arbeitskampf nicht als unterbrochen. Erklärungsfrist bis 6. Februar 1929, 1 Uhr mittags."

Die Leipziger Straßenbahner müssen sich darüber klar sein, daß sie einen evtl. gewollten Kampf gegen Verbindlichkeitserklärung nur unter revolutionärer Aktionsleitung führen können. Mit den Gewerkschaften den Streik fortsetzen zu wollen, scheitert an der gewerkschaftlichen Sanktionierung des Tarifhaschismus.

•

Tarifkündigungen.

Die sächsischen Metallindustriellen haben den Lohntarif für das Gebiet der **sächsischen Metallindustrie** zum 31. März 1929 gekündigt und haben dem DMV. vorgeschlagen, das Lohnabkommen bis zum 31. März 1931 mit zweimonatlicher Kündigungsfrist zu verlängern. Am 14. Februar finden Verhandlungen statt.

Vom Berghaulichen Verein Zwickau ist der Rahmentarif für die Arbeiter im **sächsischen Steinkohlenbergbau** für Ende April 1929 gekündigt worden.

Die Gehaltsabkommen für die Angestellten der **oberschlesischen Bergwerks- und Hüttenindustrie** sowie der **weiterverarbeitenden Metallindustrie**, sind zum 28. Februar von den der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Angestelltenverbänden gekündigt worden. Die Verbände fordern eine 20prozentige Gehaltserhöhung.

Stuttgart, 4. Februar. Der für die **württembergische Metallindustrie** gefällte Schiedsspruch ist von der Bezirkskonferenz des DMV. abgelehnt worden. Während die Bezirkskonferenz dem Antrag der Opposition, zur Durchsetzung der Forderungen sofort in den Streik zu treten, nicht nachgab, beschloß sie, am Freitag, den 8. Februar, eine Urabstimmung über die Aufnahme des Kampfes durchzuführen.

Die Krise am Arbeitsmarkt

Und die Schneeschipperkonjunktur.

Wie das Landesarbeitsamt Brandenburg berichtet, fiel die Zahl der Arbeitsuchenden in der mit dem 26. Januar endenden Woche um 115 auf 300 017, d. h. 0,03 Proz. gegenüber einer Zunahme von 3,02 gleich 1,16 Proz. in der Vorwoche. Innerhalb des Landesarbeitsamtes Brandenburg verteilen sich die Arbeitsuchenden auf Berlin mit 251 367 (253 934), auf die Provinz Brandenburg mit 124 758 und auf die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 13 892 Personen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung betrug 276 867 (+ 1,34 Proz.), in der Krisenfürsorge 18 007 (+ 1,39 Proz.), zusammen 294 874 (+ 1,34 Proz.). Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 152 953 (154 411) (+ 0,94 Proz.), auf die Provinz Brandenburg 111 202 (+ 4,42 Proz.), auf die Grenzmark Posen-Westpreußen 12 712 (+ 3,28 Proz.). Für die Krisenfürsorge betragen die gleichen Zahlen für Berlin 15 578 (+ 1,20 Proz.), Brandenburg 2 347 (+ 2,18 Proz.), Grenzmark 82 (+ 15,49 Proz).

Auf 1000 Einwohner des Gesamtbezirks kamen in der Arbeitslosenversicherung 38,38 (37,87) Hauptunterstützungsempfänger; diese Zahl stellte sich für Berlin auf 37,03 (37,38), für die Provinz Brandenburg auf 40,14 (38,44), für die Grenzmark Posen-Westpreußen auf 40,38 (39,29). In der Krisenfürsorge ist die Vomhundertzahl für den Grenzbezirk von 2,46 auf 2,50 gestiegen; sie stellte sich für Berlin allein auf 3,77 (3,73), für die Provinz Brandenburg auf 0,85 (0,83), für die Grenzmark Posen-Westpreußen auf 0,26 (0,23).

•

Diese Elendsgeometrie kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Arbeitslosigkeit weiter stark gestiegen ist. Sie verschweigt die Zahl der überhaupt nicht und die von der Stadt Berlin und den anderen Städten und Gemeinden Unterstützten. In Wirklichkeit sind auch in der Vorwoche wieder mehrere Tausend von Arbeitern aus den Produktionsstätten aufs Pflaster geflogen. Die gleiche Zahl ist für Notstandsarbeiten eingestellt worden. So hat die Stadt Berlin allein weit über 1000 Bürokräfte für Halbtagsarbeit und Handwerker und ungelernte Arbeiter für Ausbesserungsarbeiten eingestellt. Mehrere tausend Arbeiter durften zum Schneeschippen und Schneeabfahren eingestellt sein. Das ist das Rätsel, daß die Zahl der „Arbeitsuchenden" um 115 „fiel". Die Konjunktur geht weiter rapid abwärts.

•

Durch die starke Ausschiffung aus der Arbeitslosenversicherung und aus der Krisenfürsorge", die so nur einige Beruhe unterstützt, ist ein ziffernmäßiger Ueberblick über den Stand der wirklichen Arbeitslosigkeit überhaupt nicht möglich. Zumal die enorme Ziffer der Nicht- und der von den Gemeinden Unterstützten überhaupt nicht registriert wird. Nur so viel steht fest, daß die Zahl der ehemals Berufstätigen und jetzt Arbeitslosen die Zahl von 3 Millionen übersteigt.

Ein Ueberblick über den Stand der Arbeitslosenziffern der letzten beiden Jahre zeigt wenigstens so viel, daß die letzige Arbeitslosenkatastrophe nichts mit Saisonerscheinungen zu tun hat, sondern auf die rückläufige Konjunktur gebucht werden muß. Im Januar 1927 betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 1 527 000. (Dabei muß berücksichtigt werden, daß damals, durch Arbeitslosen- und Krisenfürsorge tatsächlich so ziemlich alle Arbeitslosen unterstützt werden.) Die Zahl sank bis Oktober 1927 auf 340 000. In den Wintermonaten 1927/28 geht sie wieder ständig aufwärts und erreichte im Januar den höchsten Stand mit 1 188 000 Hauptunterstützten. Die Zahl geht dann wieder zurück, aber nicht mehr bis auf den Stand im Vorjahre, sondern nur bis zu 564 000 im Juli 1928. Sie kletterte dann auf 671 000 im Oktober und immer höher, bis zur Mitte Januar 1929 bei 2 029 000 Hauptunterstützungsempfängern und 138 000 Krisenunterstützten angekommen ist. Dazu kommen die Hundertausend Nichtunterstützten und die augenblicklich mit Notstandsarbeiten Beschäftigten, die für das Weiterhinsinken auch an die Hundertausend heranreichen wird. Volkswirtschaftlich sind die letzteren keine Entlastung der Wirtschaft, sondern eine Belastung.

Großreinemachen im DMV - Ruhrgebiet

Ausschlußverfahren gegen 80 Oppositionelle!

Die „Rote Fahne" vom 2. Februar meldet:

Essen, 1. Februar. Im ganzen Gebiet der Nordwest-Gruppe hat die reformistische Bürokratie des Deutschen Metallarbeiterbundes eine Ausschlußoffensive gegen oppositionelle Verbandsmitglieder eingeleitet. Nach den bisherigen Feststellungen wollen die Wolff und Konsorten an die 80 oppositionelle DMV.-Funktionäre zur Strecke bringen, um ungestört im DMV. den Hungerkurs der Koalitionspolitik durchführen zu können. Begreiflicherweise hat sich der gesamten Metallarbeiterschaft des Ruhrgebietes eine große Empörung bemächtigt. Viele bedeutende Zahlstellen haben einstimmig unter Ausschluß der sozialdemokratischen Kollegen gegen diesen Spaltungskurs der Essener DMV.-Bürokratie protestiert.

An der Spitze der Ausschlußwütigen steht die reformistische DMV.-Verwaltung von Borbmann, die gegen nicht weniger als 25 oppositionelle Kollegen das Ausschlußverfahren eröffnet hat. Alle Kollegen haben im vergangenen Eisenkampf durch ihr konsequentes Eintreten für die Interessen der Ausgesperrten den Unwillen der Reformisten erregt. Durch diesen beabsichtigten Massenausschluß sucht die reformistische Bürokratie gleichzeitig ihre Pfründe in der Bochumer Verwaltungsstelle zu retten, indem sie die führenden oppositionellen DMV.-Mitglieder durch die Einleitung des Verfahrens ihres Stimmrechts beraubt.

Nicht anders macht es die reformistische DMV.-Verwaltung von Duisburg, wo eif oppositionellen Kollegen so etwas wie eine „Anklageschrift" von der Bürokratie zugestellt wurde. Auch hier wird das Verhalten der Duisburger DMV.-Opposition im Eisenkampf zum Anlaß genommen, sie auszuschließen. Unter den zum Rauschmiß aus der Organisation Reifen befinden sich neben dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Math, Thesen die führenden DMV.-Funktionäre aus den Hüttenbetrieben von Duisburg, Hamborn und Meiderich.

Während gegen diese elf Kollegen das Verfahren erst eingeleitet ist, haben die reformistischen Niederlagenstrategen der Gelsenkirchener DMV.-Verwaltung einen Ausschluß schon vollzogen, nämlich des Stadtverordneten Gen. Schmitz. Der Grund zum Ausschluß ist, weil er von der Opposition während des Ruhrkampfes einberufene Belegschaftsversammlungen geleitet und auf diesen gesprochen hat. Außerdem hat er in Gelsenkirchen Kampfleitungen wählen lassen. Darum ist er ausgeschlossen worden.

Die DMV.-Verwaltung von Essen hat wiederum ein Ausschlußverfahren gegen den Gen. Idel anhängig gemacht. Sein ganzes „verbandsschädigendes Treiben" liegt darin, daß er auf einer vom DMV. einberufene Bezirkskonferenz für die Nordwestgruppe eine Entschließung der Opposition eingebracht und begründet hat.

In dem Reigen der reformistischen Verbandszerstörer darf natürlich nicht die Kölner DMV.-Verwaltung fehlen. Diese hat den Gen. Vehlow ausgeschlossen, weil er unter seinen Betriebskollegen für die Kündigung des laufenden Lohnabkommens zum Februar agitierte und weil er der Wortführer der Kölner DMV.-Opposition war.

Schließlich noch der Schandstreich der Dortmunder DMV.-Verwaltung. Hier fordert man den Kopf des oppositionellen Mitglieds der Ortsverwaltung, des Gen. Ossa, ebenfalls nur, weil er im Ruhrkampf energisch für die Interessen der Ausgesperrten eintrat.

Wir wiederholen: Insgesamt sollen 80 aktive Metallarbeiterfunktionäre allein im Ruhrgebiet ausgeschlossen werden.

•

Das ist das Fazit der leninistischen Gewerkschafts-„Eroberung": die „Eroberer" müssen mit den reformistischen Wölfen heulen oder sie werden davongejagt. Daß bei diesen „Siegen" der KPD. das Proletariat immer mehr mit der Fuchtel der SPD.-Bonzen gerät, ist das Tragische an der Komödie der Gewerkschafts-„Revolutionierung".

Steigende Lebenshaltungskosten

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf") beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Januar auf 153,1 gegenüber 152,7 im Vormonat. Sie ist sonach um 0,3 Prozent gestiegen.

Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): Ernährung 153,3, für Wohnung 125,9, für Heizung und Beleuchtung 151,0, für Bekleidung 172,5, für den „Sonstigen Bedarf" einschließlich Verkehr 191,1.

Arbeitslosenelend in England

Der Wintersport der Bonzen.

London, 25. Januar. Die Arbeitslosen in England haben ernst zeplant, bei der Regierung vorstellig zu werden. Etwa 200 von Glasgow aus Arbeitslose haben sich zu Fuß nach London in Marsch gesetzt, um den Widerruf des Arbeitslosengesetzes vom vergangenen Jahre zu verlangen.

Der Vollzugsrat der Gewerkschaften hielt am Mittwoch in London eine Sitzung ab. Der Generalrat kam auf Grund des Berichtes des gemeinsamen Ausschusses von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu der Ueberzeugung, **(!) daß die Ausarbeitung eines bestimmten Planes für die Lösung der Arbeitslosenfrage gegenwärtig noch nicht möglich sei.** Der Generalrat hoffe aber, daß ihm bei der entscheidenden Tagung eine Denkschrift zu dieser Frage vorliege.

•

Glasgow — das ist hier der Witz — liegt etwa 700 Kilometer von London entfernt! Es ist die Haupt-, Handels- und Industriestadt Schottlands. Wenn nun die ausgemergelten Gestalten auch lediglich ihre 25 Kilometer zurücklegen, so dauert der Spaß der Gewerkschaftsbonzen, den Schiebern dieses Tricks, eine Woche Aufenthalt in London eingerechnet, seine 9 bis 10 Wochen. So lange werden stets die Arbeitslosen daheim (denn das Experiment wird so oft wiederholt, als sich Dumme dazu hergeben) auf die Rückkunft und die Berichterstattung der Londonpliier vertröstet.

Die Herren Gewerkschaftsbesitzer „beschließen" derweil, daß die Ausarbeitung eines bestimmten Planes für die Lösung der Arbeitslosenfrage gegenwärtig noch nicht möglich sei. Und so einige Wochen nach der Rückkunft, wenn die Londonpliier ihre Abenteuer berichten, wird stets ein „Plan" von von Bonzen vorgelegt. Diese Manöver werden nun schon seit Jahren wiederholt. Die Herren englischen Gewerkschaftsführer sind nicht so dumm wie ihre deutschen Kollegen: sie unterstützen jede solche Demonstration bereitwilligst. Und die englische „Schupo" ist auch nicht so dumm: sie verprügelt nicht die Demonstranten, sondern die Neugierigen, um sie jenen vom Leibe zu halten. Und die Bourgeoisie gibt reichlich Almosen, um zur Nachahmung anzuspornen.

Eine feine, abgekartete Sache. Aber die steigende Arbeitslosigkeit in England wird den Ausnationalisierten doch mal die Augen öffnen.

Gold aus Wasser

Für gewisse Sparten von Kapitalisten ist augenblicklich Hochkonjunktur. Die epidemisch auftretende Grippe, eine Hungerkrankheit, füllt ihnen die Kassenschränke. Aerzte, Apotheker, Sargfabrikanten, Totenwäschekonfektion und nicht zuletzt der Chemietrust als größter Medikamentenhersteller, haben gute Zeit. Sie münzen das Elend direkt in Gold um.

Nicht weit von diesen eisenwerten Mitbürgern der besten kapitalistischen Gesellschaft steht das Charlottenburger Wasserwerk. Es hat auch schon vor der Grippe aus Wasser Gold gemacht. Das mit dem 30. September abgeschlossene Geschäftsjahr weist wieder eine Steigerung des Profits auf. Der Gewinn stieg von 10,7 auf 12,2 Millionen Mark. Nach überreichlichen Abschreibungen und über eine Million Mark Rückstellung für Erneuerungen verbleibt ein Reingewinn von 5,3 Millionen Mark oder 20 Proz. mehr als im Vorjahr.

Das Charlottenburger Wasserwerk, das mit 60 Millionen Mark Aktienkapital arbeitet, ist noch das einzigste privatkapitalistische Unternehmen der Reichshauptstadt und das, die Gerechtsame der Wasserversorgung hat. Es ist aber ein Grundmesser dafür, was am Wasser verdient wird. Die städtischen Wasserwerke verdienen natürlich eben so viel oder noch mehr. Eben so gut oder noch besser rentieren Gas- und Elektrizitätswerke. Wenn die Stadt Berlin trotzdem 8 Millionen Mark Defizit für das abgelaufene Jahr hat, so beweist dies nur, daß Berlin ein Dutzend Bürgermeister, einige Dutzend Stadträte und einige Hundert andere, ebenso hoch bezahlte Amtsträger Politikanten in Stadtparlamen zuviel durchzuschleppen. Sie gehören alle zu der eirenwerten, vom Standpunkt der bürgerlichen Moral einwandfreien Schicht, die aus dem Nichts Gold machen, d. h. von der Dummheit der Arbeiter leben.

Amerikas steigende Ausfuhr

Die deutsche Außenhandelsbilanz bzw. die wirtschaftlichen Aussichten des deutschen Kapitalismus bekommen erst die richtige Beleuchtung, wenn man die Ziffern der Ein- und Ausfuhr der führenden Schiffahrtsgroßmächte aus der gegenwärtigen amerikanischen Wirtschaftspolitik für Europa sieht.

Vor dem Kriege stand Deutschlands Ausfuhr an 2. Stelle, hinter England. Heute ist es 3. Stelle folgten die USA. Heute stehen die USA. mit 21 Milliarden Mark Ausfuhr an der Spitze, mit 17 Millionen Mark folgt England und dann erst Deutschland mit 12 Milliarden. Die USA. haben ihre Ausfuhr seit 1913 mehr als verdoppelt, wie folgende Tabelle zeigt:

Vereinigte Staaten	Einfuhr	Ausfuhr
1913	1 793	2 484
1925	4 227	4 910
1927	4 184	4 866
1928	4 100	5 000

Die Bedeutung dieser Ziffern liegt darin, daß die Einfuhr seit 1925 sinkt, die Ausfuhr aber um fast 1 Milliarde Dollar oder 4 Milliarden Mark gestiegen ist. Auch die deutsche Ausfuhr ist gestiegen, wie wir oben zeigen. Deutschland hat aber 10—15 Milliarden Auslandsschulden zu verzinsen und abzutragen und jährlich 2½ Milliarden Mark Kriegskontributionen zu zahlen. Amerika bekommt an alle Tzen zu Zinsen und Rückzahlungen. Es nimmt diese Gelder von nicht aus und bekommt von neuem Zinsen dafür. Es ist eine vorauszusehen, wer da im Hintertreffen bleiben muß bezüglich der Stoßkraft auf dem Weltmarkt.

Trotz dieser Tatsachen, trotzdem das amerikanischen Außenhandels befällt das Dollarkapital eine zunehmende Atemboklemmung. Der Inlandsmarkt geht einer zusehends sich schärfer bemerkbar machenden Uebersättigung entgegen. Die amerikanische Industrie ist jetzt aber derartig große Warenmengen gewohnt, daß eine Stockung sofort eine unübersehbare Katastrophe bedeuten würde. Das Dollarkapital baut vor. Im Augenblick finden in Washington Debatten über die Erhöhung der Zolltarife statt. Und zwar sind es diejenigen Industrien, die Schutzzölle verlangen, deren deutsche Partner die Basis der deutschen Volkswirtschaft sind: die Eisen- und Stahl-, die Elektro- und die Chemieindustrie. Das Dollarkapital macht auf allen Gebieten die größten Anstrengungen, seine Ausfuhr zu steigern. Was eine nennenswerte Steigerung der amerikanischen Ausfuhr für die deutsche Industrie für Folgen haben würde, kann man sich leicht ausmalen, wenn man den Anteil des amerikanischen Exportanteils am Gesamtprodukt gegen das deutsche stellt. Der deutsche Chemikalienexport macht z. B. mit rund 1¼ Milliarden Mark etwa 30 Proz. des gesamten Werts der deutschen chemischen Produktion aus, während in den Vereinigten Staaten der Exportanteil nur etwa 7 Proz. beträgt. Von der deutschen elektrotechnischen Produktion werden fast 20 Proz. ausgeführt, in den Vereinigten Staaten dagegen nur erst 6 Proz. Dem absoluten Wert nach betrug aber der deutsche elektrotechnische Export mit rund 500 Millionen Mark 1928 nur wenig mehr als der amerikanische. Mit anderen Worten: Wenn tatsächlich das amerikanische Elektrokapital seinen Exportanteil verdoppeln wollte, so würde das eine Vermehrung dieser Ausfuhr um fast 500 Millionen Mark bedeuten, d. h. um eine Summe, die dem gesamten gegenwärtigen elektrotechnischen Export Deutschlands fast gleichkommt. Aehnlich sieht es auf allen anderen Gebieten aus.

Das deutsche Proletariat hat für sein beispielloses Schuften trotz des 25 Millionen Mark Außenhandelsetats heute seine 3 Millionen Arbeitslose, die dem Kapital Angriffe und Lohndruck erleichtern. Das sollte ihm Beweis genug sein, daß die Gewerkschaftspolitik falsch ist. Daß es nicht mehr heißen darf: Mehr schuften um die Ausfuhr, d. h. den Profit der Kapitalisten zu steigern, sondern Vorbereitungen zu treffen, für den eigenen Bedarf, für die kommunistische Gesellschaftsordnung zu kämpfen.

Die Taktik der Massenaktion

(Ein Kommentar zu den Thesen des RAA.)

Die politische Praxis der Allgemeinen Arbeiter-Union wird nicht nur durch die objektiven Verhältnisse bedingt, sondern auch durch das ureigenste Wesen der revolutionären Betriebsorganisationen selbst. Das heißt mit anderen Worten: der Charakter der Union als revolutionäre Klassen- und künftige Massenorganisation des Proletariats muß auch in ihrer Taktik klar zum Ausdruck kommen. Obwohl — geschichtlich gesehen — die AAU. mit der KAP. in gleichem Schritt und Tritt marschiert, kann die Union den Rahmen ihrer Politik niemals so eng spannen wie die revolutionäre Partei. Die Doppelorganisation des Klassenkampfes hat nur dann einen Sinn, wenn sich für beide Glieder spezifische Aufgaben ergeben.

Die spezifische Aufgabe der AAU. besteht darin, durch die Taktik der revolutionären Massenaktion den Machtkampf der proletarischen Klasse gegen die bürgerliche Klasse auszulösen. Dabei kann nicht ausschlaggebend sein, ob die Union groß oder klein ist, ob schon die Verhältnisse reif sind für die Durchführung der Mission der AAU. usw. Entscheidend für die Rolle der Union ist doch nicht die ins hemmende Schwierigkeit der gegenwärtigen Klassenkampfphase, sondern die historische Alternative und das Verhältnis der AAU. zum Proletariat selbst. Jene Genossen, die die Union heute noch dieselben Aufgaben wie der KAP. zuweisen möchten, sprechen der AAU. (wenn auch unbewußt) die politische Existenzberechtigung ab. Denn die Aufrechterhaltung einer Union, die nur als zweite KAP. dahinvegetieren soll, wäre lächerlichste Organisationsspielerei. Genossen, die in solcher Weise der AAU. (die heute bereits größtenteils aus Nichtparteimitgliedern besteht!) die politische Selbständigkeit und damit das politische Eigenleben streitig machen, zielten außerdem in der Union den Ungeist der Parteivereinigung und in Wechselwirkung hierzu das ideologische Gift der „Einheitsorganisation". Das Kampfbündnis zwischen KAP. und AAU. gibt der revolutionären Partei absolut nicht — auch in der Periode der Stagnation nicht! — das Recht, als Organisation eine politische Vormundschaft über die Union anzumaßen. Jeder Versuch in dieser Richtung würde nur den Charakter der AAU. aufheben und damit auch die KAP. im Proletariat entwurzeln.

Dieser Hinweis auf ein inneres Lebensgesetz der AAU. ist notwendig, weil ohne Klarheit über das Verhältnis der Union zur KAP. keine Festlegung der Taktik der revolutionären Betriebsorganisationen möglich ist. Denn die Aufgabe, die der AAU. aus Furcht vor opportunistischer Entartung nur ein begrenztes Maß von politischer Selbständigkeit zuerkennt, führt logischerweise zur Verkennung der Rolle der Union. Was nun die Taktik der AAU. selbst anbetrifft, so liegt das Heil gewiß nicht in der schönsten Thesenformulierung an sich. Es wird immer wieder die Praxis und ihre Erfahrung sein, die der Union zur Erfüllung ihrer Aufgaben verhilft. Für diese Praxis der Unionisten ein Leitfaden zu sein, ist aber Zweck der Thesen zur Taktik, deren Formulierung deswegen nicht nebensächlich ist.

Wurin besteht nun eigentlich das Wesen in der Taktik der AAU.? Bereits die achte Reichskonferenz hat ausdrücklich erklärt: „Die AAU. lehnt die Ansicht, daß die Kämpfe um Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gegensatz zur Revolution stehen, als utopisch und konterrevolutionär ab. Die Wirtschaftskämpfe sind die Vulkane, quelle der proletarischen Revolution". Damit ist unzweideutig ausgesprochen, daß die Politik der Union bei den Arbeitskonflikten anknüpfen muß, um so den Uebergang von der revolutionären Propaganda zur revolutionären Tat zu schaffen. In Konsequenz dessen ist nun der Reichsarbeitsausschuß mit seinem neuen Thesenentwurf noch einen Schritt weitergegangen als die letzte Reichskonferenz, indem er vor die Aufgabe der Umwandlung wirtschaftlicher in politische Kämpfe die Aufgabe der rücksichtslosen Entfesselung von Wirtschaftskämpfen stellt. Dann wenn die Wirtschaftskämpfe nach rosa Luxemburg die Vulkanquelle der Revolution sind, dann ist es nach die ureigenste Aufgabe der Union, solche Konflikte vorsehen anzufüllen. Daß bei solchen Versuchen von uns keineleei Illusionen überzog auf die Möglichkeit der Verbesserung der Klassenlage des Proletariats zu erwecken sind, ist eine plate Selbstverständlichkeit. Hinsichtlich der Einschätzung darüber, inwieweit die Entfesselung von Wirtschaftskämpfen durch die Tätigkeit der Unionisten überhaupt möglich ist, kann man gewiß keine allgemein gültige Regel aufstellen. Es kommt ja dabei nicht nur auf den revolutionären Willen der Betriebsorganisationen an, sondern in erster Linie auf die vorhandenen objektiven Bedingungen. Aber Unterdem muß die Taktik der AAU. prinzipiell auf solche Kampfentfesselung eingestellt sein, um alle in dieser Beziehung sich bietenden Gelegenheiten ausnutzen zu können. Deshalb ist es auch völlig verfehlt, wenn die „Rücksichtslosigkeit", mit der die Unionisten laut Thesenentwurf des RAA. vorgehen sollen, von der Redaktion der KAP. (s. Nr. 5 der „RAZ.: „Zur Reichskonferenz der AAU.") als „Anfang des Opportunismus, der theoretischen Unsicherheit und Verkleisterung" bezeichnet wird. Wer so offensichtlich in Gedankengänge der Essener zurückfällt, der stempelt die Idee der Massenaktion zum bloßen Schlagwort, der sollte besser nicht anderen vorwerfen, daß „sie nicht mit offenen Karten spielen."

Es handelt sich im Grunde gar nicht darum, „mit einer besseren Taktik leichter an die Massen heranzukommen". Die Union kann ihre Basis im Proletariat auch nicht durch die bewußtlichsten taktischen Schachzüge künstlich verbreitern, weil das Wachstum einer revolutionären Organisation im engsten Zusammenhang mit dem revolutionären Wachstum der Arbeiterklasse steht. Aber um so notwendiger ist, daß die AAU. ihre Aufgaben als moderne Klassenkampforganisation klar erkennt, um den proletarischen Massen beispielgebend vorangehen zu können. Was sich daraus für besondere Pflichten ergeben, ist am Schluß des Absatzes 5 der Thesen des RAA. knapp skizziert. Nämlich: die Entfachung des Widerstandes der Proletarier gegen die Ausbeutung als Voraussetzung der Auswertung von Wirtschaftskämpfen zu politischen Kämpfen. Unzweifelhaft ist wohl, daß der Kampf gegen den Schlichtungsfaschismus heut zur Frage des Tages geworden ist. Die Rebellion der Proletarier gegen die Schlichtungsdiktatur und ihre gewerkschaftlich-parlamentarischen Stützen ist heut der Ausgangspunkt des revolutionären Massenkampfes gegen den Kapitalismus. Daß solche Rebellionen noch an durchaus reformistischen Forderungen entbrennen, ist bei der Sachlage solcher Konflikte selbstverständlich. Doch hier von der Union ein energisches Eingreifen zu verlangen, ist noch absolut keine opportunistische Schweinerei. Denn da solche Kämpfe mit der Spitze sich sofort gegen die kapitalistische Gesetzlichkeit der Schlichtungsordnung richten, treten die reformistischen Tagesforderungen auch gleich zurück, weil der unvermeidliche Gegenstoß der Staatsorgane die Situation revolutionär zuspitzt und damit die Fragen des politischen Kampfes in den Vordergrund treten. Bei der Steigerungsfähigkeit solcher Konflikte hat gerade der Unionist alle Ursache, hier selber Mann zu stehen.

•

Die Pflicht der Unionisten, die Proletarier zum Widerstand gegen die kapitalistische Ausbeutung anzutreiben, um so die Entwicklung von Wirtschaftskämpfen zu beschleunigen, bedeutet jedoch nicht, daß die AAU. zur Führung von reformistischen Bewegungen berufen ist. Würde die Union für die Regelung der Ausbeutungsbedingungen Tagesforderungen (betr. Lohn, Arbeitszeit usw.) aufstellen, dann würde sie das Proletariat mit sozialen Illusionen betrügen und wäre dann in der Tat nur ein radikaler Ersatz der Amsterdamer Gewerkschaften. Was für Forderungen streikende Arbeiter an ihren Ausbeuter stellen, ist Sache der Betriebsbelegschaft selbst und damit auch Angelegenheit der dort beschäftigten Unionisten, die ja ebenfalls ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich verkaufen müssen, ohne dabei die Aufklärung der Proletarier über die historische Begrenztheit des Kampfes um Reformen zu unterlassen. Weil also jeder Wirtschaftskampf unvermeidlich an reformistischen Teilforderungen entbrennt, deshalb muß die AAU. Losungen unter die Masse werfen, welche der Auslösung proletarischer Klassensolidarität dienen.

Der obiere Prinzip der Massenaktion ist die Schaffung von Kampforganen aus den Reihen der kämpfenden Arbeiter selbst, um so die reformistische Führerherrschaft über das Proletariat zu stürzen. Infolgedessen tritt die AAU. mit aller Energie dafür ein, daß jeder Kampf der Arbeiter durch Aktionsausschüsse geleitet wird, die von den streikenden Belegschaften direkt gewählt und jederzeit abberufbar sind. Die Unionisten können die Wahl in einwandfrei gebildete Kampforgane nicht ablehnen, da jeder selbständige Schritt des Proletariats gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie eine wichtige Voraussetzung zur Entwicklung revolutionärer Massenkämpfe ist. Ein demonstrativer Rückritt der Unionisten von den ihnen übertragenen Funktionen kommt erst dann in Frage, wenn die Aktionsausschüsse ins Schlepptau reformistischer Instanzenpolitik geraten, sodaß sie keine organisatorische Basis mehr sind für revolutionäre Klassenpolitik. Indem die AAU. für die in den Betrieben verankerte Organisierung und Führung der Massenaktion kämpft, befreit sie die Initiative des Proletariats aus ihrer reformistischen Fessel und verschafft so die Kräfte der Arbeiterschaft zum Kampf Klasse gegen Klasse.

Die Taktik der AAU. in der monopolistischen Epoche des Kapitalismus muß sein der heroische Versuch, das Proletariat endlich aus der gewerkschaftlichen Etappe der isolierten Reformkämpfe zum Sozialreformen vorwärts zu stoßen in die Klassenfront der revolutionären Massenkämpfe um den Sozialismus. Dieses Ziel wird desto eher erreicht, je intensiver die Unionisten selbst in die Entwicklung der sozialen Konflikte eingreifen. Die Thesen des RAA. geben dafür die allgemeine Richtschnur, die für unsere Praxis maßgebend sein muß — auch trotz aller heute noch vorhandenen objektiven Schwierigkeiten! Und wenn die Thesen besonders die Notwendigkeit betonen, daß die Aktionsorgane aussichtslose Kämpfe sogar selbst liquidieren müssen (was unter Umständen nur durch Verhandlungen möglich ist), um die proletarische Klassensolidarität als elementare Voraussetzung künftiger Kämpfe zu erhalten, — so ist das nur jener durch die Widersprüche des Klassenkampfes bedingte „Opportunismus", dem eine revolutionäre Organisation nur entfliehen kann, indem sie gleich einer Sekte Politik im Wolkenkuckucksheim treibt! Wenn die 9. Reichskonferenz der AAU. endlich unerschrocken die letzte Konsequenz aus der abgelehnten „Essener Theorie" der Negation des Klassenkampfes zieht und dabei auch der Fraktion der Neu-Essener den Marsch bläst, — dann ist dies immerhin ein Fortschritt auf dem Wege zur Massenaktion!

(Redaktion des K.)

Materialismus und Ministerialismus

(Schluß.)

In den Vorkriegsjahren hat ebenfalls der Ministerialismus in der SPD. zur Debatte gestanden. Theoretisch waren die rechten Sozialdemokraten schon damals für ihn begeistert, doch praktisch hatten sie noch keine Möglichkeit, ihn auszuwerten. Der Weltkrieg schuf Wandel und Wege und alle halben und schwankenden Elemente mußten Farbe bekennen. Für die Reformisten war die Zeit gekommen, um ihre verhängnisvollen Theorien in die Tat umzusetzen. Die II. Internationale wurde zur Internationale der Minister. In den meisten Ländern, wo die II. Internationale Einfluß gewann, erstanden sozialdemokratische Minister. Die Reformisten und Sozialpatrioten hielten ihre Zeit für gekommen.

In Frankreich wurde Albert Thomas Munitionsminister während des Krieges, in Deutschland Bauer und Scheidemann Staatssekretäre und Exzellenzen von Wilhelms Gnaden, in Schweden wurde Branting Königlicher Ministerpräsident und in Dänemark kam Stauning mit seiner Sippschaft an die ministeriellen Futterkrippen. Der Ministerialismus fing an zu blühen und zu gedeihen, doch seine Früchte waren für die Arbeiterklasse bittere Enttäuschung und Verrat. Die führenden Männer der II. Internationale hatten fast alle ein Ministerpöstchen ergattert und währenddessen die deutschen Herrn Minister von der SPD. über den Versailler Friedensvertrag heulten und Scheidemann seine Hand verdorren lassen wollte, unterschrieb gottrost der Herr Minister Vandervelde, auch Sozialist an führender Stelle der II. Internationale, für seinen König den Versailler Frieden. In den Jahren nach dem Krieg fielen für die Ministerialismus der II. Internationale seine größten „Erfolge". In Deutschland stiegen in alle Regierungen Sozialdemokraten empor, zur selben Zeit, als das revolutionäre Proletariat von der Konterrevolution blutig niedergeschlagen wurde. In Osterreich, Polen, der Tschechoslowakei, in Belgien und den Ländern, wo besonders der weiße Terror hauste, wie Ungarn, Lettland, Esthland und der Ukraine, überall wurden Sozialdemokraten Minister im Interesse der besitzenden Klasse und halfen der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse auszubeuten. Nicht unerwähnt mag die Macdonald-Regierung bleiben, bei deren Antritt die Sektionen der II. Internationale sich vor Freude förmlich überschlugen. Von besonderer Schönheit muß damals gerade nicht der Moment bei dem Regierungsantritt gewesen sein, als der Sozialdemokrat Macdonald seinem König die Hand küßte. Hündisches Gebärden zeichnet

Groß-Berlin: Sonntag, den 10. Februar, 9 Uhr, Allgemeine Mitglieder-Versammlung
Concordia-Säle, Andreasstraße

Klassenkampforganisation oder Sekte?

(Beitrag zur Reichskonferenz-Diskussion.)

Die letzten Wirtschaftskämpfe haben klar gezeigt, wo der Schiedsspruchfaschismus und die Gewerkschaften das Proletariat hinführen. Die KPD. spielte dabei die Judasrolle, indem sie die verratenen Proletarier in die Gewerkschaften hineintreibt. Die Kampfleitungen der KPD. waren nichts anderes als Anreiher für die konterrevolutionären Gewerkschaften. Auch dort, wo die KPD. Gewerkschaften erobert hat, wie es z. B. im Ruhrgebiet der Fall ist, haben diese eroberten Verwaltungsstellen durch die KPD. im letzten Metallarbeiterkampf nichts unternommen, um die Solidarität mit den Kämpfenden herzustellen. Ihre Parole „Generalstreik" war nur eine scheinradikale Geste, denn alle eroberten Ortsgruppen der Gewerkschaften, auch die revolutionären Betriebsräte der KPD. haben rein gar nichts zur Verbreiterung der Kampffront getan. Die Zentrale der Kampfleitungen hat dann an den ADGB. Düsseldorf einen offenen Brief gerichtet mit der Aufforderung, der ADGB. soll den Generalstreik machen. Damit ist klar bewiesen, daß die Gewerkschaften sowie KPD. ganz offen im Sinne der Konterrevolution arbeiten und die Arbeiterschaft für ihre konterrevolutionären Ziele mißbrauchen.

Deswegen muß man die Thesen des RAA. der AAU. zur Taktik der Union begrüßen, weil sie den Weg aufzeigen, den wir als Union zu gehen haben. Wir müssen alle Regungen des Proletariats unterstützen und versuchen, vorwärtszutreiben, die gegen den Kapitalismus gerichtet sind. **Wer den Wirtschaftskampf bzw. den Lohnkampf ablehnt, lehnt auch den Klassenkampf ab.** Wir haben heute noch Unionsgenossen, die einen Lohnkampf ablehnen, alle diese Genossen haben das Programm der AAUD. nicht begriffen. Es ist doch klar, was kein Genosse abstreiten wird, der in tagtäglichem Kampf gegen Kapitalismus im Betrieb und auf der Straße für die Interessen der Arbeiterschaft eintritt und darum kämpft. Dasselbe gilt auch für die Erwerbslosen. Die Vergangenheit hat es gezeigt, daß die AAUD. es nicht immer getan hat und darum auch zu einer Sekte hinabgedrückt ist. Natürlich haben manche Gruppen der AAUD. sehr gute praktische Arbeit geleistet. Natürlich spielen noch andere Umstände mit, warum die AAUD. noch nicht die Klassenorganisation ist, was sie sein muß. Wir verweisen auf dieienigen Richtungen, die sich von der AAUD. abgespaltet haben, aus persönlichen und rechthaberischen Gründen. Der letzte Fall von der Richtung Schmidt hat klargezeigt, wo solche Abspaltungen hinführen, die aus persönlicher Verärgerung gemacht werden. Alle Richtungen, die sich von der AAUD. abgespaltet haben seit 1920, haben nicht den Klassenkampf sowie den revolutionären Marxismus begriffen, ihre Abspaltungen sowie ihre Handlungen haben faktisch der Konterrevolution gedient, man hat dadurch die revolutionären Arbeiter verwirrt und sie wieder in die Gewerkschaften und KPD. zurückgetrieben. Der zurückgebliebene Teil in der AAUD. hat aus lauter Angst vor dem Reformismus dann nichts getan, nur ein geringer Teil hat begriffen, daß man nur im ständigen Kampf gegen Reformismus und Kapitalismus sich die Herzen und Hirne der Arbeiterklasse erobern kann. Wenn wir dieses überzeugen und es praktisch anwenden in die Tat, werden wir auch von der Arbeiterklasse mehr ernst genommen, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Gute Artikel schreiben und Flugblätter herausgehen, machen es alleine nicht. Wir müssen als AAUD. eine Taktik haben, die zur proletarischen Revolution führt. Werden wir KPD. alles überlassen, dann wird auch die KPD. mit ihren scheinradikalen Phrasen das revolutionäre Proletariat einfangen und in der entscheidenden Situation das Proletariat wieder an den Kapitalismus ausliefern, wie es die SPD. 1918 gemacht hat. Darum muß es unsere Aufgabe sein, die KPD. jetzt schon zu entlarven als eine konterrevolutionäre Partei. Diese Entlarvung kann nicht nur mit Artikel schreiben geschehen, sondern muß einverleibt werden mit unserem täglichen Kampf gegen Kapitalismus und Reformismus auf der Stempelstelle, im Betrieb und Straße. Ein großer Teil der Unionsgenossen erklärt, es hat keinen Zweck, in öffentliche Versammlungen der parlamentarischen Parteien zu gehen, um in der Diskussion zu sprechen. Alle Genossen, die so sprechen, haben noch nicht den Klassenkampf begriffen und auch nicht die Rolle, die wir als AAUD. bei den kommenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit durchzuführen haben, daß die Befreiung der Arbeiterklasse ihnen eine ernste Angelegenheit ist. Wenn wir aber so handeln werden, wie es meistens gemacht worden ist von dem größten Teil der Union, indem man alles als Reformismus bezeichnete, werden wir dann als AAUD. eine Sekte bleiben und kein Arbeiter wird uns ernst nehmen. Unsere Taktik als Union muß so durchgeführt werden, daß wir eine Klassenorganisation werden und nicht eine Sekte. Die letzten Artikel im „Kampfruf" zur Taktik der Union sind auch in diesem Sinne geschrieben, es muß klar gesagt werden, wie die Organisation sich zu allen Fragen verhält? Man muß offen aussprechen, was ist. Wer steif und starr glaubt, daß die Revolution von alleine kommtund siegreich fürs Proletariat verläuft, der ist nicht mehr zu heilen, oder er muß begreifen, daß dazu ganz was anderes gehört. Genossen, die die Einstellung behalten wollen, daß alles von alleine kommt, indem sie sagen, der Kapitalismus sorgt schon dafür, gehören nicht in unsere Reihen, sie schaden nur der Bewegung, das muß man offen aussprechen.

Zur Frage der Erwerbslosen muß auch noch eingehender Stellung genommen werden. Wir müssen versuchen, auch diese Arbeiter für uns zu gewinnen. Das kann man aber nicht, wenn man nur ein gutes Referat in der Erwerbslosenversammlung hält, sondern wir müssen als AAUD. praktisch hier einreihen. Nehmen wir an, der Erwerbslosenausschuß der KPD. in einem Ort ist durch und durch korrupt, die AAU.-Genossen lehnen es aus politischen Gründen ab, in den Ausschuß hineinzugehen, andere sind nicht da, die diese Funktion bekleiden können, so wird der korrupte Ausschuß wieder gewählt. Den AAU.-Genossen wird dann vorgeworfen, sie sind Schwätzer, weil sie alles ablehnen. Es muß doch zugegeben werden, daß man Mißstände auf Stempelstellen beseitigen kann, wenn die Erwerbslosen einheitlich dagegen Sturm laufen. Wir müssen hier einen Ausweg finden, der darauf hinausläuft, daß wir praktisch als AAU.-Mitglieder mit den Erwerbslosen gemeinsam kämpfen. Lehnen wir es ab, dieses zu tun, wird uns kein Mensch in dieser Periode ernst nehmen, dadurch treiben wir die Erwerbslosen in die Hände der KPD. Darum ist es jetzt auch zu verstehen, daß die Genossen der Union mitunter nicht in diese Erwerbslosenversammlungen gehen. Wir müssen als AAUD. auch für revolutionäre Erwerbslosenausschüsse eintreten, die die Interessen der Erwerbslosen vertreten im Einklang mit unserem Programm, um so unsere Ideen in die Massen zu bringen. Werden wir all diese Fragen nicht lösen, dann wird die Konterrevolution einschließlich mit ihren Helfershelfern (Gewerkschaften, SPD. und KPD.) über das Proletariat triumphieren.

(Gelsenkirchen-Ost.)

Franz Mehring zum Gedächtnis

Zu den bedeutendsten Köpfen, die dem internationalen Proletariat seinen revolutionären Weg gewiesen haben, gehört Franz Mehring, der vor 10 Jahren, am Anfang der deutschen Revolution, starb. Wenn wir an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zurückdenken, an die Opfer der sozialdemokratischen Reaktion, dürfen wir auch diesen genialen Geist nicht vergessen, der an der Spitze unserer großen Denker stand, denn er ist auch ein Opfer dieses Verrats der deutschen Sozialdemokratie. Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie es fertig gebracht hatte, Liebknecht und Luxemburg mit Hilfe der preußischen Militärkamarilla zu ermorden, setzte auch seinem Leben, ein Jahrzehnt, dem das Krankenlager bitter, ein baldiges Ende. Die Kerkerhaft, die er als 70jähriger revolutionärer Kämpfer gegen den Krieg verbüßen mußte, hatte ihn körperlich stark gemacht. Die Revolution hatte auch ihn befreit. Nur war der politische Meuchelmord an den geistigen Führern der Revolution, das kaum Glaubliche, das er wohl geahnt, aber nie für möglich hielt. Wahrheit geworden, Mehring sah sich einem Nichts gegenüber und starb. Damit waren die besten von uns gegangen, deren geistige Kraft das Proletariat zu seiner Revolution unbedingt gebrauchte.

Mit Mehring starb ein Meister der Feder und des Geistes, der an der Spitze des internationalen Proletariats einen Namen erworben hat, dessen großer Ruf aber auch über diesen Rahmen hinaus in den Kreisen des Bürgertums, oft begleitet von dem verständlichen Haß, anerkannt wurde. Für der größte Schriftsteller seiner Zeit, dem er war ein Beherrscher der Sprache, wie nur wenige, und was er geschrieben, wirkt wie ein fest umrissenes Gemälde, wie in Erz gemeißelt. Mehring führte eine Feder, die einem geschliffenen Schwert stahl, da saß jeder Hieb und es gab Wunden. Aus seinen Arbeiten spricht nicht bürgerlich-akademische Weisheit, nicht aller Bücherstaub, sondern das festgeraffte Wissen, die Schärfe der Dialektik, der Geist der revolutionären Denkart. Vor allem war sein Gebiet die Geschichte, und hier hat er dem Proletariat bewiesen, welch scharfe Waffe der historische Materialismus, die marxistische Wissenschaft, in den Händen der Arbeiterklasse bedeutet. Mehring war diese Wissenschaft in Fleisch und Blut übergegangen, und keiner hat die Lekenden der bürgerlichen Geschichtsschreiber mit dieser Waffe so zerstört wie er. Rücksichtslos hat er das Trughild der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft zerrissen.

Plechanow, dem man in dieser Hinsicht wohl ein Urteil zugestehen darf, nennt ihn den besten Historiker und den einzigen Kopf in der deutschen Sozialdemokratie, dem der historische Materialismus zur eigenen Wissenschaft geworden ist. Das ist gewiß nicht zuviel gesagt, denn seine Arbeiten und vor allem seine Abhandlung über den historischen Materialismus, die er der ersten Auflage seiner „Lessinglegende" beifügte, geben dafür die Beweise.

Mehring kam erst nach dem Sozialistengesetz aus dem Lager der bürgerlichen Journalisten zur Sozialdemokratie, was ihm von den Demagogen des Revisionismus vorgeworfen wurde, als er ihren kleinbürgerlichen unmarxistischen Geist mit seinem marxistischen Wissen entlarvte. Er kam als ganzer Sozialist aus den Reihen der bürgerlichen Liberalen, der sich durchgerungen und die Leuren von Marx und Engels begriffen hatte und fähig war, sie nun im Dienst der revolutionären Massen zu gebrauchen. Schon als er noch ein bürgerlicher Journalist war, hatte Bismarck vor der scharfen Kritik dieser Feder gezittert. Das Sozialistengesetz hat Mehring wahrscheinlich zum vollen Entschluß gebracht, diese Waffe in den rechten Dienst zu stellen. Daß er ein Ganzer war, beweist sich aus seiner Mitarbeit an der „Neuen Zeit", und seiner „Lessing-Legende" nebst dem Beitrag über den historischen Materialismus, der 1895 erschien. In solcher Weise hatte noch keiner die geniale Größe Lessings aus der vermoderten Zeitgeschichte Friedrichs des Großen herausgeschält, und die wirkenden Kräfte im Wandel bürgerlicher Legenden unter die Lupe genommen. (Auf gleicher Höhe stehen auch seine „Schillerbiographie.) 1897 zeigt sich der Meister der Geschichte wieder in der „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie", indem er den großen politischen Charakteren der deutschen Arbeiterbewegung in den Rahmen der Weltgeschichte einrückt. Die wenigen Irrtümer, die dieses Werk enthält, im besonderen in der Stellung Lassalles und Schweizers, sollen ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden. Das geschlossene Bildwerk wird durch sie nicht verrückt. Mehring wurde dann zur Ordnung des Marx-Engels-Nachlaß beauftragt, eine Arbeit, die ergänzend durchgeführt hat. Zu seinen besten Werken gehört ohne Zweifel auch die „Marx-Biographie". Nur seine tiefe geistige Verbundenheit und seine Kenntnisse über das Leben und die Werke Karl Marx konnten diese schriftstellerischen Meisterarbeiten fertigstellen.

Franz Mehring stand stets auf dem revolutionären Flügel der Sozialdemokratie, und das macht ihn zu einem ständigen Führer der revolutionären Arbeiterklasse für alle Zeiten. Sein guter Wissen auf dem Felde des revolutionären Marxismus führte ihn in den sofortigen Kampf gegen den Revisionismus Bernsteins. Wo er ihre bürgerliche idealistische Utopie zerfetzte, machte sie dann scheinheilige Versuche, Mehring durch seine bürgerlichen Vorlieben zu kompromittieren. Das war im besonderen auf dem Parteitag in Dresden 1903, auf dem sich die Lager des Marxismus und des Revisionismus nicht ohne Mißverstand, kritische Zutat gegenüberstanden. Der kämpferische Sieg lag auf seiner Seite. Denselber Kampf setzte Mehring fort, als die Zentristen unter Kautsky den Marxismus von neuem verfälschen wollten.

Als der Weltkrieg kam, war es selbstverständlich, daß Mehring mit seiner ganzen Größe als Kritiker, als revolutionärer Wissenschaftler und als der Meister der scharfen Feder dem Chauvinismus von den Monarchisten bis zur Sozialdemokratie entgegenschleuderte. Mit Liebknecht und Luxemburg gemeinsam nahm er den Kampf gegen den schändlichen Verrat an den sozialistischen Interessen der Arbeiterklasse auf. Mit Rosa zusammen gab er 1915 die „Internationale" heraus. Mit der Lehrer ihrer Beginnt die schärfste theoretische Waffe im revolutionären Klassenkampf war. Unter dieser Leitung erschienen dann auch die Spartakusbriefe, an denen Mehring viel persönlich geschrieben hat. In seinen „Kriegsartikeln" von dem wenige im Verlag der „Aktion" erschienen sind, zeigt sich so richtig die Gefahr, die er gegen die kapitalistische Gesellschaft und ihre Koroms aus dem Lager der Sozialdemokratie schwang.

Der letzte Schleier wurde unter seiner Kritik zerrissen, er war nicht da, um zu verkleistern, sondern um zu trennen, wo sich die Dinge in ihrem Innern scheiden. Vor allem hat er bezeichnend und aufzeigend, was der Parlamentarismus in der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet. Er hat darin die letzten Illusionen zerstört und der AAU. und KAP. hierin den Weg gewiesen.

Daß dieser Geist auch von der Bourgeoisie erkannt wurde, ist selbstverständlich. Ihn galt es, zu vernichten. Die Bourgeoisie kennt keine Menschenfreundlichkeit, wo ihre Klassenintereissen auf dem Spiele stehen, darum mußte Mehring als Zuchthäusler in den Kerker. Seine Feder war eben ein Schwert, das tiefe Wunden schnitt. Sie haben ihn getötet, und die Sozialdemokratie hat ihr Teil Schuld daran.

Aber über dieser Gesellschaft hängt das Schwert, das Mehring bis in seine letzten Stunden für die Arbeiterklasse geschliffen hat. Das revolutionäre Proletariat wird es ergreifen und damit seinen großen Toten lohnen.

Aus der Bewegung

München

Hier fand am 17. Januar 1929 eine Erwerbslosenversammlung der KPD. statt, die den Charakter eines Faschingsumzuges trug. Eingeleitet wurde die Versammlung durch die Schalmeienkapelle, um die nötige Stimmung herbeizuschaffen für eine Demonstration, um die Arbeiterschaft zu dem Glauben zu bewegen, daß die KPD. noch etwas revolutionär ist. Der Referent hielt die allbekannte Wald- und Wiesenrede: „Hinein ins Parlament und demonstriert, stärkt die Gewerkschaften und erobert sie . . . dann habt ihr Brot und Arbeit." Im allgemeinen waren die Forderungen: „Gebt uns Arbeit oder unkömmliche Unterstützung." Nach einem halbstündigen Referat setzte wiederum die Schalmeienkapelle ein. Die Erwerbslosen waren froh, sich für 10 Pf. amüsieren zu können.

In der Diskussion sprach als erster ein Jugendgenosse der KJ., der aufforderte, in ihre Avantgarde einzutreten! In diese Avantgarde, die die Granatenschichte deckt und gut heilt. Dann sprachen noch vier Diskussionsredner, die die Einheitsfront forderten und dabei scharfe Angriffe noch direkt gegen die Gewerkschaften, die aber keinen Weg aufzeigten. In letzter Stunde, die man sich in Resolutionen und Anträge stürzte, erschien noch ein KAP.-Genosse, um zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Der Versammlungsleiter hielt mit aller Raffinesse eine Pogromrede gegen den KAP.-Genossen, der im allgemeinen bekam wäre als Quatschkopf und Zersplitterer der Arbeiterbewegung (Einheitsidiotismus). Die Erwerbslosen sollten den Genossen des KAP. nicht sprechen lassen. Es kam zur Abstimmung und über zwei Drittel der Anwesenden waren dafür, daß der KAP.-Genosse sprechen dürfte. Es war ein Schlag gegen die KPD. Der KAP.-Genosse kam zu Wort einige Fanatiker versuchten ihn zu verwirren. Aber der Genosse hielt kräftige Abrechnung. Er zeigte grundsätzlich die Ursache der sozialen Not auf und zeigte den Weg, den die Arbeiterschaft beschreiten muß, wenn sie aus dieser Barbarei raus will. Unter großer Aufmerksamkeit und Beifall hörten ihm die Anwesenden zu. Als der KAP.-Genosse die Erwerbslosen aufmerksam machte, sie sollten sich von keiner Partei mißbrauchen lassen, auch nicht von der KPD., die heute versucht, gerade wie die USP. 1919, die Masse zu verwirren, wurde er von einigen Fanatikern der KPD. andauernd unterbrochen. Unser Genosse erklärte ihnen, sie sollten ihm absolut nicht glauben, sondern sich auf den Hosenboden setzen und die Geschichte studieren. Da würde ihnen der Nebel über kurz oder lang aus ihrem Gehirnkasten verdunsten. Die Geschichte hat eine bestimmte Logik und es kommt darauf an, die Logik zu begreifen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, auch der Erwerbslose. Unser Genosse hatte die Geister von Moskau zu bannen. Er zeigte nochmal eine rege Diskussion ein, um das wieder abzuschwächen. Als nächster sprach ein Usepeter der mit allerhand Kauderwelsch vom Alkohol, Münchner Post und Nazis sprach. Er wurde von seinen eigenen Genossen ausgelacht. Als nächster sprach ein KPD.-Bonze von der Roten Hilfe, der versuchte, mit aller Raffinesse Pogromstimmung zu machen, indem er anführte, der KPD.-Genosse wäre ein „Polizeispitzel", ohne etwas bewiesen zu können. Er forderte die Anwesenden auf, unsern Genossen „niederzuschlagen" (totschlagen), wurde aber mit Pfuirufen aus der Masse erledigt.

Zum Schluß wurden einige Resolutionen durchgepeitscht. Im Schlußwort versuchte der Referent mit Wollheim-Laufenberg zu argumentieren, mit Nationalbolschewismus, er wurde von unseren Genossen unterbrochen und verlor dabei den geschichtlichen Faden. Darauf versuchte der Versammlungsleiter nochmal die Erwerbslosen aufzumuntern und gegen unsere Bewegung Front zu machen. Die angesetzte Demonstration fiel ins Wasser, da 3—4 Schutzpolizisten auf der Straße standen. Nachmittag wurde im Landtag demonstriert, indem diese Helden die Tribüne besetzten und zum Schluß raus geworfen wurden. Das war die revolutionäre Tat und der Faschingsscherz der KPD. an die Erwerbslosen.

Erklärung

zur Notiz „Immerirren als politische Strategen" in Nr. 4 der „KAZ.":

Die AAU., als selbständige Organisation hat das Recht, auch ze innerparteiliche Fragen der KAP. eine Stellungnahme einzunehmen, wenn die Erledigung solcher Fragen durch die Partei Schwierigkeiten für das Eigenleben der Union mit sich bringt. Lediglich von diesem Recht hat die 22er Kommission Gebrauch gemacht, das sie in Nr. 4 der „Kampfruf" die Hohl Tatsache feststellte, daß Ernst Schwarz nicht mehr Mitglied der KAP. ist.

Wir verwahren uns ganz entschieden gegen die in der „KAZ." ausgesprochenen Verdächtigungen und fordern den Redakteur der KAP. auf, den Beweis für seine ehrenrührigen Behauptungen zu erbringen.

Reichsarbeitsausschuß und Berliner Arbeitsausschuß.

Mitteilungen

FEBRUAR 1929.

Groß-Leipzig.

1. Bezirk (Kreuzstraße). Freitag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, öffentlicher Diskussionsabend im „Bürgergarten", Wurzner Str. Thema: „Reform oder Zerschlagung des Schlichtungswesens."

Provinz Brandenburg

Fürstenwalde.

Oeffentliche Versammlung am Sonntag, den 10. Februar, vormittags 10 Uhr, im Filmeck, Berliner Str.

Proletarier erscheint in Massen! Freie Aussprache.

Küstrin. Ausgabe von „Kampfruf" und „KAZ." jeden Donnerstag abends 7—9 Uhr im Lokal G. Winter, Küstrin-Neustadt. Mitgliedsaufnahme ebendort.

Groß-Berlin

Nachruf.

Wir erhalten erst jetzt Kenntnis, daß unser Genosse

Stephan Kelemen

am 24. Januar plötzlich verstorben ist. Der Genosse Kelemen stand seit der Gründung des Spartakusbund in unseren Reihen und wir verlieren in ihm einen unserer aktiven Genossen.

II. Unterbezirk.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: F. Rother, Berlin O 112. Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur. W. Isydonat, Berlin O 17.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen) Für Erwerbslose 5 Pfennig

Jahrgang 10. Nr. 7 1929 Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der AAU. oder durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 16, Lausitzer Platz 13 Preis 15 Pfennig

Die Riesenwelle des Massenelends

Eine doppelte Welle des bittersten Elends geht durch die Lande. Der lange Winter hat jetzt mit seinen sibirischen Kältegraden den Etat jedes Proletariers über den Haufen geworfen. Für die Bourgeois mit wohlgefüllter Brieftasche und feudaler Pelzbekleidung eine ausgezeichnete Gelegenheit zum Wintersport, hat der eisige Ostwind gleichzeitig eine soziale Katastrophe herbeigeführt. Der Kohlenvorrat im Haushalt der Arbeiter ist in den letzten drei Tagen auf einen kümmerlichen Rest zusammengeschmolzen, soweit er überhaupt groß genug war, um bis zu den kältesten Tagen seit zwei Jahrhunderten auszureichen. Durchgefroren kommt der Proletarier zur Arbeitsstelle, um in den großen Industriehallen weitere Nacht, neun Stunden zu frieren und schließlich abends in seiner Klause wieder machtlos dem Kälterekord gegenüber zu stehen. Denn der Lohn des Proleten langt in den meisten Fällen nicht für einen erfolgreichen Kampf mit Kohlen sowie entsprechender Nahrung und Kleidung; er kann minus 28 Grad, dieweil die Schicht mit minus 5 Mark Monatseinkommen das Privileg auf alle erstklassigen warmespendenden Bedarfsartikel hat. So zeigt auch das elementare Walten der Natur wieder höchst anschaulich, daß auf dieser Erde zwei Welten existieren.

Die betriebstätigen Arbeiter können mit ihren erbärmlichen Löhnen diesem sibirischen Winter nicht zu Leibe gehen. Sie sind durch die soziale Misere der kapitalistischen Ordnung dem eisigen Wüten der Elemente fast wehrlos ausgeliefert. Aber die Erwerbslosen, — wie sollen sie erst das jetzige Training für eine Nordpolfahrt aushalten? Die Millionenmassen der Arbeitslosen sind mit ihrem Hungersold erst recht außerstande, dem Kälteansturm zu trotzen. Bei 15, 17 oder auch 22 Mark Unterstützung kann niemand überhaupt den Versuch machen, außer der Bestreitung der notdürftigen Nahrungskosten noch wärmste Kleidung und zentnerweise Feuerungsmaterial anzuschaffen. Kein Wunder, daß tausende Erwerbslose, und besonders die Ausgesteuerten, nachstäblich diesem Winter zum Opfer fallen. Mit erfrorenen Nasen und Ohren laufen sie umher, lebendige Zeugen einer die Naturgewalten nicht bändigenden Gesellschaftsordnung. Proleten müssen sich Glieder kaputt frieren lassen, weil der Kapitalismus sich nicht um die Sonne der Befriedigung des Massenbedarfs dreht. — das ist der sichtbarste Ausdruck der sozialen Katastrophe dieses sibirischen Winters!

Doch die Not der Erwerbslosen ist auch ohne die jetzige Kältewelle schon so groß, daß sie der bestehenden Gesellschaft einen deutlichen Stempel aufdrückt. Denn die Ursache des Massenelends ist nicht etwa in den Kreislauf der Natur, sondern im Kreislauf der gesellschaftlichen Ordnung. Die Lebensgesetze des Kapitalismus bedingen es, daß heute vier Millionen Arbeiter in Deutschland auf Hungerration gesetzt sind. Die kapitalistische Rationalisierung — die nach den Verleißungen reformistischer Pfaffen dem Proletariat neuen Aufstieg bringen sollte — ist nach drei Jahren in jene Etappe gedrungt, wo sie in ihren eigenen Widersprüchen festgefahren ist und auf Kosten der unterdrückten Klasse erneut Konjunktur bekommen muß. Der wütende Konkurrenzkampf der kapitalistischen Staaten untereinander um jeden Platz auf dem zu klein gewordenen Weltmarkte setzt der Rationalisierung in den verringerten Absatzmöglichkeiten eine natürliche Schranke und zwingt sowohl die deutsche Bourgeoisie, den Kampf auf neuer Basis fortzusetzen. Der damit verbundene und schon seit Monaten begonnene starke Rückgang der industriellen Konjunktur hat Millionen Arbeiter „freigesetzt", d. h. auf die Straße geworfen, da im Kapitalismus ohne Profit kein Schornstein raucht. Es ist eben ein eherne Gesetz der Kapitalswirtschaft, daß Lohnsklaven daran glauben müssen, wenn die Bourgeoisie unfähig ist, die Schwierigkeiten ihrer Produktionsweise zu meistern. Und ebenso zwangsläufig ist, daß die verelendenden Auswirkungen kapitalistischer Wirtschaftskrisen nicht durch sozialpolitische Palliativmittel behoben werden können.

Hier stößt die Arbeiterschaft sogleich auf die Kernfrage, ob den Erwerbslosen auf staatlichem Wege durchgreifend zu helfen ist. Diese Frage wird durch die rauhe Praxis selbst schon seit Jahren mit einem „Nein" beantwortet. Gewiß ist nicht zu bestreiten, daß durch Parlamentsbeschlüsse die Unterstützungsdauer verlängert und der Kreis der Unterstützungsbezieher erweitert werden kann. Aber jede wirklich großzügige Hilfsaktion für die Erwerbslosen muß immer wieder scheitern am kapitalistischen Wesen des bestehenden Staates, ganz zu schweigen von einer Einteilungsprozeß. Das haben die letzten Reichstagsverhandlungen über die Erwerbslosenfrage klar bewiesen. Zum Beispiel mußte die SPD. ihren eigenen Antrag auf obligatorische Verlängerung der Unterstützungsdauer auf 52 Wochen fallen lassen, weil ihre Ministergenossen angesichts der Finanzlage des Reiches keine bindende Zusage für die Erfüllung einer solchen Sache ist der Staat eben auch bei sozialdemokratischer Regierungsführung nicht in der Lage, die soziale Not in entscheidendem Maße zu beheben. Jeder Versuch, trotz dieser Tatsache auf die Hilfe des Staates zu hoffen, bedeutet, die Erwerbslosen mit Illusionen zu betrügen.

Daran ändert auch gar nichts die laute und radikale Erwerbslosenpolitik der KPD.-Parlamentsfraktionen. Es ist ebenso billig wie primitiv, im Reichstag die radikalsten Anträge zu stellen und auf der Tribüne der Reichsausschuß Protestaktionen zu inszenieren. Ausschlaggebend ist ja nicht die geschickte Routine der KPD. bei Beratung von Erwerbslosenfragen, sondern das tatsächliche Machtverhältnis hinter der parlamentarischen Kulisse. Und hier liegen nun einmal die Dinge so, daß der bürgerliche Staat keine Versicherung gegen das Massenelend der überflüssigen Lohnsklaven ist, daß das vom Kapitalismus auf die Tagesordnung gestellte Problem der Arbeitslosigkeit nicht mit Hilfe des kapitalistischen Staates im Interesse des Proletariats gelöst werden kann. Indem die KPD. durch ihren Radauparlamentarismus von dieser Tatsache ablenkt, verhindert sie faktisch den revolutionären Kampf gegen das Massenelend.

Die Erwerbslosen müssen klar das Kampffeld überschauen, um den Hebel an der richtigen Stelle ansetzen zu können. Ihre Lebensfrage ist ein Teilproblem des proletarischen Befreiungskampfes überhaupt und kann nur durch die entschlossene Aktion der Arbeiterklasse gelöst werden. Die Einheitsfront zwischen erwerbslosen und betriebstätigen Arbeitern wird gegen das Massenelend die entsprechende Basis haben soll. Auch die betriebstätigen Arbeiter müssen erkennen, daß die Existenzfrage der Erwerbslosen ebenso ihre eigene Angelegenheit ist. Die Schaffung dieser einheitlichen Kampffront ist aber nur möglich auf der Grundlage des Massenkampfes gegen das kapitalistische System, das ja die Quelle der millionengroßen Arbeitslosigkeit ist. Und der Kampf gegen die bestehende Ordnung ist gleichzeitig das einzige Mittel, das auch die durch die Arbeitslosenversicherung hervorgerufene Spaltung der Erwerbslosen überwindet. Also die revolutionäre Klassenaktion der proletarischen Massen gegen den Kapitalismus — das nur ist der Weg, der aus der Hölle des Elends herausführt!

Faschistische Methoden der KPD.

Zum Freitag, den 12. Januar, hatte der Arbeitslosen-Ausschuß in Weißensee eine Versammlung nach der Hermannsborg einberufen mit der Tagesordnung: „Die Zustände auf dem Arbeitsamte?" Der Referent war der kaum 14 Tage vorher von der Parteischule losgelassene Brandlerist Eichfeld, der eine dreiviertel Stunde lang seine opportunistischen Floskeln über die Erwerbslosen ergehen ließ, wie z. B. Erohrung der Gewerkschaften, Aufstellen von eilenlangen illusionären Forderungen usw. Nach seinem Referat wurde eine Delegation aus den Erwerbslosen gewählt, die unter Führung des Parlamentskommunisten Beuthan bei dem Arbeitsamte vorstellig wurde.

In der Diskussion meldete sich ein Genosse der AAU. zum Wort. Er zeigte den Proletariern zunächst, wer denn die Väter des Saison-Arbeitergesetzes sind, daß dieselben nicht im Lager des Kapitals zu suchen sind, sondern im Lager der Arbeiterklasse, und dies sind die famosen Gewerkschaften. Alle Gesetze, die der bürgerliche Staat durchführt, müssen sich gegen die Arbeiterklasse auswirken, da die Bourgeoisie als wirtschaftlich herrschende Klasse nicht sich belasten wird, sondern alle Lasten auf das Proletariat abwälzt. Auch dieses Gesetz kann nur behandelt werden im Rahmen der kapitalistischen Krise, da es eine Auswirkung derselben ist. Die Krise ist eine Absatzkrise. Die Absatzmöglichkeiten sind zum großen Teil geschwunden, da die früheren nichtkapitalistischen Länder (das heißt Kolonien, wie China, Kanada, Indien usw.) eine eigene Industrie entwickelt haben und heute selbst als Konkurrent auf dem Weltmarkt auftreten. Das Kapital sucht nun mit Hilfe der Rationalisierung die Krise zu überwinden. Millionen Proleten müssen daher aufs Pflaster geworfen werden und die Arbeitslosigkeit ist infolgedessen zur Dauererscheinung innerhalb dieser demokratischen Ordnung geworden. Die historische Aufgabe der proletarischen Klasse ist, es deshalb, den Sturz des Kapitals herbeizuführen durch die soziale Revolution. Dies setzt voraus, daß das Proletariat brechen muß mit den alten Methoden. Der Reformismus ist geschichtlich überholt, und da die Gewerkschaften den Reformismus als Grundlage ihrer Politik haben, müssen sie, soll die soziale Revolution Tatsache werden, zertrümmert werden. Der Genosse unterbreitete den Versammelten auch einen Auszug aus einer Rede Rosa Luxemburgs zur Gewerkschaftsfrage vor den Berliner Arbeiter- und Soldatenräten. In der Rede, die sie hielt, sagte sie:

„Deutschland ist das einzige Land, in dem es während des ganzen Krieges dank der schändlichen Stellung der Gewerkschaften keine großen wirtschaftlichen Kämpfe gab. **Hätten die deutschen Gewerkschaften keine andere Schuld als nur diese auf sich geladen, so verdienen sie es allein deswegen, daß man sie verfällt. Aus Arbeiterorganisationen entwickelten sie sich zur wichtigsten Stütze des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Gesellschaft, und deshalb versteht es sich von selbst, daß der Kampf für die Sozialisierung nicht geführt werden kann, ohne daß man die Frage der Liquidierung der Gewerkschaften stellt.** Darin sind wir uns alle einig, aber unsere Meinungen gehen hinsichtlich des einzuschlagenden Weges auseinander."

Diesen Auszug brachte der Hallesche leninistische „Klassenkampf" vom Mittwoch, den 16. 1. 29, in einem aktuellen Beitrag zur Gewerkschaftsfrage von G. Smolianski. Die Proletarier müssen daraus diese Erkenntnis zu ihrem Eigentum machen und das Werk Rosa Luxemburgs, das sie uns durch ihre Ermordung unterfig überließ, vollenden. Das heißt, die Proletarier müssen sich als Klasse in den Betrieben und Nachweisen zusammenschließen. Diese Betriebsorganisationen, vereinigt in der Allgemeinen Arbeiter-Union, bieten die einzige Gewähr, gepaart mit revolutionärem Inhalt, die historische Aufgabe durch die Klasse erfüllen zu lassen. Wenn das Proletariat diesen Weg beschreitet, wird es zur Beseitigung aller Uebelstände kommen, die uns der Kapitalismus bringt.

Da sich niemand weiter gemeldet hatte, ergriff der Referent das Schlußwort. Dieses war mehr als erbärmlich, er konnte gegen die sachlichen und grundsätzlichen Ausführungen des Unionsgenossen nicht argumentieren und wiederkäute seinen reformistischen Kohl. In der Zwischenzeit war der Parlamentskommunist Beuthan zurückgekommen, der voller Wut, da er sah, daß ihm die Felle fortschwammen, eine Pogromhetze gegen die AAU. vom Stapel ließ. Nicht das allein, sondern er besaß auch den traurigen Mut, den Genossen sachlich anzugreifen und ihm sogar die Sachen zu zerreißen. Erwerbslose bekommen ja bekanntlich soviel Unterstützung, um